

vom Ratsbüro genehmigt
am: 16. Mai 2000

PROTOKOLL

der **6.** Sitzung
vom Dienstag, 9. Mai 2000
17.00 - 19.35 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube

Vorsitz: Susanne Günter (FDP)
Protokoll: René Gisler (Nichtmitglied)
Stimmzählerinnen: Verena Bucher (SP) und Gertrud Walch (SVP)

Anwesend: von total 50 Mitgliedern:
Ratspräsidentin und 44 Mitglieder
5 Stadträte

Entschuldigt : Hansueli Alder (OeBS)
Bernhard Egli (OeBS)
Bea Hauser (SP)
Hans Ith (SVP)
Ruedi Widtmann (OeBS)

Zu Beginn der Sitzung: Diana Ceppi (JPS)
Raphaël Rohner (FDP)

Für den Schluss der Sitzung: Marco Heer (JPS)

- Traktanden:**
- 1. VdSR vom 29. Feb. 2000 - Stellen- und Organisationsanpassungen für die sozialen Dienste der Stadt SH** Seite 184
 - 2. VdSR vom 15. Feb. 2000 - Kanalisations-Sanierungsvorlage 1975 - Schlussbericht** Seite 192
 - 3. VdSR vom 14. März 2000 - Grundstück GB Nr. 5018, Verkauf einer Teilfläche an die Firma Paul Keller Transport AG, Schaffhausen** Seite 195
 - 4. INTERPELL. Stephan Schlatter (SVP) vom 20.1.2000 - Beschäftigungsprogramme; weitere Entwicklung** Seite 197
 - 5. INTERPELL. Annina Keller (JPS) vom 24. März 2000 - Wie gestaltet sich die Gestaltung einer Platzgestaltung?** Seite 203
 - 6. MOTION Urs Tanner (SP) vom 25. Januar 2000 - Kompensation von mind. 50 Parkplätzen im Bereich Kirchhofplatz, Münsterplatz, Platz und Freier Platz** Seite 209

PENDENTE GESCHÄFTE

- VdSR vom 29. Juni 1999 - Sportstadion Breite, Varianten Sanierung/Neubau SPK
 - VdSR vom 21. Sep. 1999 - Zentrum Landhuus - Projekt.kredit Bushof SPK
 - Vorlage des Büros des GrSR vom 7. Dez. 1999 - Erarbeitung eines Pflichtenheftes für Baukommissionen und allenfalls einer ständigen Bau-Fachkomm. SPK
 - MOTION Thomas Neukomm (SP) v. 25.1.2000 - Gestaltung des öffentl. Raums
 - MOTION Rolf Amstad (SP) "Dorfzentrum Herblingen" vom 6.3.2000
 - VdSR vom 7. März 2000 - Reorganisation Baureferat; Anpassung Stellenplan SPK
 - VdSR vom 14. März 2000 - Ergänzung von Bauordnung und Zonenplan, Schaffung einer "Reitsportzone Griesbach" mit Reithalle SPK
 - INTERPELLATION Iren Eichenberger (OeBS) vom 13. März 2000 - A4-Ausbau auf 4 Spuren
 - INTERPELLATION Andres Bächtold (SP) vom 4. April 2000 - "Hartes Wasser in Schaffhausen"
 - VdSR vom 4. April 2000 - Bericht über die hängigen Motionen GPK
 - VdSR vom 11. April 2000 - Jahresrechnung der Einwohnergemeinde SH/ Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - Jahresbericht 1999 GPK
- KLEINE ANFRAGE von Ernst Gründler (FDP), datiert vom 2. März 2000 betr. "Reorganisation öffentlicher Busverkehr" (Lauf-Nr. 2/2000)

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE
Traktandum 1 VdSR vom 29. Feb. 2000 - Stellen- und Organisationsanpassungen für die sozialen Dienste der Stadt SH

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage zu und heisst die Anträge der SPK mit **41 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 29. Februar 2000 über die aktuelle Situation und über die Prognosen der Sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen.
2. Die mit Stadtratsbeschluss vom 22.9.1998 bewilligte und bis 30.9.2000 befristete 70%-Teilzeitstelle für eine/n Berater/in Sozialhilfe, **Sachbearbeiter III, Besoldungsklasse 13 - 15**, wird ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.
3. Die mit Stadtratsbeschluss vom 15.2.2000 bewilligte und bis 31.7.2000 befristete 60%-Teilzeitstelle für eine/n Berater/in Sozialhilfe, **Sachbearbeiter III, Besoldungsklasse 13 - 15**, wird ab 1.6.2000 bis 28.2.2002 weiter bewilligt.
4. Die mit Stadtratsbeschluss vom 15.2.2000 bewilligte und bis 31.7.2000 befristete 50%-Teilzeitstelle Sekretariat und Zentrale Anmeldung, **Verwaltungssekretärin I, Besoldungsklasse 11 - 13**, wird ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.
5. Die mit Stadtratsbeschluss vom 16.2.1999 bewilligte und bis 31.8.2000 befristete 50%-Teilzeitstelle Schulschein-Bewirtschaftung KVG, **Verwaltungssekretärin II**,

Besoldungsklasse 9 - 11, wird auf 180 Stellenprozente erhöht und ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.

6. Die mit Stadtratsbeschluss vom 3.8.1999 bewilligte und bis 31.12.2000 befristete 80%-Teilzeitstelle Mitarbeiter Rechnungswesen, **Verwaltungssekretärin II, Besoldungsklasse 9 - 11**, wird um ein weiteres Jahr bis 31.12.2001 weiter bewilligt.
7. Die mit Stadtratsbeschluss vom 16.2.1999 bewilligte und bis 31.8.2000 befristete 30%-Teilzeitstelle Sekretariat Sozialberatung, **Verwaltungssekretärin II, Besoldungsklasse 9 - 11**, wird ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR vom 15. Feb. 2000 - Kanalisations-Sanierungsvorlage 1975 - Schlussbericht

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage zu und heisst den Antrag des SR mit **44 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

Der Grosse Stadtrat nimmt in zustimmenden Sinne Kenntnis vom Schlussbericht des Stadtrates vom 15. Februar 2000 über die Sanierung des Kanalisationsnetzes gemäss der Vorlage von 1975.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR vom 14. März 2000 - Grundstück GB Nr. 5018, Verkauf einer Teilfläche an die Firma Paul Keller Transport AG, Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage zu und heisst die Anträge des SR mit **43 : 0 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 14. März 2000 betreffend den Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 5018.
2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Abgabe einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 5018 "Ebnat" im Umfang von ca. 748 m² zum Pauschalbetrag von Fr. 160'000.-- an die Firma Paul Keller, Transport AG, Ebnatstrasse 131, 8200 Schaffhausen, zu.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 INTERPELLATION Stephan Schlatter (SVP) vom 20.1.2000 - Beschäftigungsprogramme; weitere Entwicklung

Die Interpellation wird vom Interpellanten begründet und von SR Kurt Schönberger beantwortet. Auf eine Diskussion wird verzichtet.
Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 5 INTERPELLATION Annina Keller (JPS) vom 24. März 2000 -
Wie gestaltet sich die Gestaltung einer Platzgestaltung?**

Die Interpellation wird von der Interpellantin begründet und von SR Kurt Schönberger beantwortet. Auf eine Diskussion wird verzichtet.

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 6 MOTION Urs Tanner (SP) vom 25. Januar 2000 -
Kompensation von mind. 50 Parkplätzen im Bereich
Kirchhofplatz, Münsterplatz, Platz und Freier Platz**

Die Motion wird vom Motionär begründet, von SR Kurt Schönberger beantwortet und vom Rat diskutiert.

Der Motionär erklärt sich schliesslich bereit, seine Motion in eine INTERPELLATION umzuwandeln.

Das Geschäft ist erledigt.

BEGRÜSSUNG

Ratspräsidentin Susanne Günter eröffnet die Ratssitzung mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, Frau Stadträtin, der Herren Stadträte, der VertreterInnen der Medien sowie der BesucherInnen auf der Tribüne.

Mitteilungen:

Information der **SVP der Stadt Schaffhausen** vom 8. Mai 2000:
"Wir freuen uns, Ihnen mitzuteilen, dass die beiden parteilosen Mitglieder

*Hanspeter Meier und
Peter Happle*

seit anfangs Mai 2000 der SVP angehören. Somit sind die beiden Grosstadträte Mitglieder der SVP-Fraktion, die damit neu 9 Mitglieder zählt, bzw. die Fraktionsgemeinschaft SVP/EDU umfasst neu 10 Mitglieder.

Wir bitten um entsprechende Kenntnisnahme."

Die Ratspräsidentin verweist auf **verschiedenene Informationen**, welche heute im Saal aufliegen. Es sind dies:

- Einladung der IG Velo Schaffhausen für den 6. SH Velotag vom 26./27. Mai 2000
- "Aufgebot" der Spielvereinigung SH zum Fussball-Freundschaftsspiel
Grosser Stadtrat - Grosser Rat v. Samstag, 13. Mai 2000, 14.30 h Sportplatz Bühl
Besammlung: 13.45 Uhr beim Sportplatz
- Jahresbericht 1999 des Vereines für Jugendprobleme und Suchtmittelfragen VJPS
- Einlageblatt zu Seite 8 der GO des GrSR bezüglich § 23 Genehmigung und Veröffentlichung des Ratsprotokolles (per Briefpost zugestellt).
- Einladung des OK Nationale Pferdesporttage Schaffhausen 2000 an die Mitglieder des GrSR zu einem Apéro am Sonntag, 14. Mai 2000, ab 11.45 h in der Griesbach-Bar.

NEU EINGEGANGENE GESCHÄFTE SEIT DER LETZTEN SITZUNG:

VdSR vom 4. April 2000 - Bericht über die hängigen Motionen

Dieses Geschäft wird usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zugewiesen.

VdSR vom 11. April 2000 - Jahresrechnung der Einwohnergemeinde SH / Leistungsauftrag Pilotabteilungen WOV - Jahresbericht 1999

Dieses Geschäft wird usanzgemäss der GPK zur Vorberatung zugewiesen.

Das Eintreten durch die GPK ist am 12. April 2000 bereits erfolgt.

Kleine Anfrage (Nr. 3/2000) vom 6. April 2000 von Walter Hotz (FDP) "Personelle Situation im Schulamt der Stadt Schaffhausen"

Die Beantwortung durch den Stadtrat ist mit Datum vom 18. April 2000 bereits erfolgt.

PROTOKOLL

Das Ratsprotokoll Nr. 5 vom 6. April 2000 wurde vom Ratsbüro geprüft und genehmigt. Es liegt beim Ratssekretär auf und kann dort heute eingesehen werden. Anmerkungen hierzu werden keine angebracht.

TAGESORDNUNG

Die Traktandenliste zur heutigen Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt.

Die Tagesordnung wird gutgeheissen.

Die Ratspräsidentin appelliert an die Ratsmitglieder, die Geschäfte speditiv und dennoch seriös abzuwickeln. Sie möchte heute - wenn immer möglich - die Geschäfte 1 - 6 abhandeln.

Traktandum 1 VdSR vom 29. Feb. 2000 - Stellen- und Organisationsanpassungen für die sozialen Dienste der Stadt SH

EINTRETENSDEBATTE

Dieses Geschäft wurde in einer 13-er SPK vorberaten.

Das Ratsmitglied Marlise Stöckli nimmt bei diesem Geschäft den Ausstand.

Alfons Cadario (EVP) SPK-Präsident *

"Mit dem Umzug 1997 von der Vorstadt an die Oberstadt 23 fanden die damaligen Umstrukturierungen einen vorläufigen Abschluss. Es werden laufend immer wieder neue zusätzliche Aufgaben an die Gemeinden delegiert, wie beispielsweise im Zusammenhang mit dem Krankenversicherungsbobligatorium oder dem neuen Eherecht - Unterstützung beim Inkasso von Frauenrenten. Nach 1997 hat die Betreuung der Asylbesucher markant zugenommen und im Sommer 1999 seinen Höhepunkt erreicht. Nach einer Personalaufstockung wird oder wurde bereits schon eine Personalreduktion vorgenommen. In der Buchhaltung musste das alte EDV-System inkl. Programm aus dem Jahre 1976 abgelöst und durch eine neue Lösung ersetzt werden. Auf Grund steigender Fallzahlen und Zusatzaufgaben hat der Personalbestand bei den Sozialen Diensten kontinuierlich zugenommen. Diesen begründeten Wünschen nach mehr Personal wurde zuerst mit Auszubildenden, Praktikantinnen und BeschäftigungsprogrammnehmerInnen entsprochen. Im Laufe der Zeit wurden wegen Personalwechsel die klaren Zuordnungen unübersichtlich. Dazu herrscht eine grosse Not bei den Raumverhältnissen. Für zwei neue Mitarbeiter kann man im Moment keinen Arbeitsplatz anbieten.

Der Zusammenschluss von Sozialberatung, Alimenten- und Sozialhilfe brachte für den Arbeitsablauf die angestrebte Erleichterung. Den individuellen Bedürfnissen der Klienten kann schneller Rechnung getragen werden. Obwohl heute mehr MitarbeiterInnen betroffen sind, ist der Informationsaustausch innerhalb der Abteilung dank der klaren Normen und dem Klienten-EDV-Informationssystem sehr hoch. Heute wird kein Klient bzw. keine Klientin an mehreren Stellen gleichzeitig geführt.

Infolge des Jahrhundertwechsels mussten im Jahre 1999 die sehr komplexen Buchhaltungen der Sozialhilfe, der Amtsvormundschaft und der Alimenten-Bevorschussung - basierend auf einem NCR-System aus dem Jahre 1976 - abgelöst werden. Der Kauf eines erprobten Gesamtpaketes war nicht möglich. Die neue Software wurde letztes Jahr schrittweise und zum Teil mit grösseren Schwierigkeiten eingeführt. In der Buchhaltung sind über 700 Überstunden geleistet worden.

1998 beschloss die Sozialplattform des Städteverbandes, Kennzahlen für die Sozialhilfe für einen Vergleich zu definieren. Für Schaffhausen entstand folgender erster Eindruck:

- Gemessen an der Gesamtbevölkerung weist die Stadt Schaffhausen die geringste Sozialhilfedichte auf.
- Der Nettoaufwand für die Sozialhilfe pro Person der Wohnbevölkerung war in Schaffhausen und St. Gallen am tiefsten.
- Schaffhausen bietet als einzige Stadt jedem/jeder arbeitsfähigen Sozialhilfeempfänger/in einen Platz in einem Beschäftigungsprogramm an (Stiftung Impuls).
- Die Verwandtenunterstützung ist deutlich höher als in anderen Städten.

Durch die Delegation von Arbeitsleistungen des Sozialversicherungsamtes an die Gemeinden wurde die KVG-Koordinationsstelle der Stadt Schaffhausen massiv stärker belastet. 1999 waren zusätzlich 150 Stellenprozente und mehr Büroräumlichkeiten notwendig. Das Arbeitspensum ist heute provisorisch abgedeckt: Eine 50%-Stelle ist bis 31.08.2000 befristet, zusätzlich werden 100% mit einer Person aus dem Beschäftigungsprogramm abgedeckt, und zudem wird eine Auszubildende im letzten Lehrjahr beschäftigt.

Trotz rückläufigen Arbeitslosenzahlen steigt die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen. Dank günstigen Rahmenbedingungen wie beispielsweise der Stiftung IMPULS liegt die Fallzunahme in Schaffhausen 1999 mit 6,4 % noch deutlich unter den Zahlen anderer Städte. Es sind die Ungelernten und die Arbeitssuchenden mit Sprachproblemen, die wenig Perspektiven haben. Die Fälle der Sozialberatung haben sich seit 1997 um zirka 25% erhöht. Da die Krankenkassenprämien immer noch am Steigen sind, wird die Zahl der Personen, die sie nicht mehr bezahlen können, weiter zunehmen. Viele Personen, die am Existenzminimum sind, haben kein Interesse mehr am Bezahlen der Prämien, denn dank dem Versicherungs-Obligatorium bleibt jeder - auch bei nicht bezahlten Prämien - Mitglied der Krankenkasse. Die Gemeinde muss die Ausstände übernehmen, ohne sie wieder einfordern zu können. Es ist unverständlich, dass die Prämienverbilligung nicht direkt der Krankenkasse ausbezahlt wird.

Die Spezialkommission ist einstimmig auf die Vorlage eingetreten und hat ihr ebenfalls einstimmig bei einer Abwesenheit zugestimmt. In den Beratungen wurde festgestellt, dass keine neuen Stellen auf Vorrat verlangt werden und die Erhöhungen der Stellenprozente ausgewiesen sind. Es wurde bemängelt, dass die Vorlage nicht geschlechtsneutral formuliert wurde. Die Spezialkommission beantragt Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und den auf Ihren Pulten liegenden leicht geänderten Anträgen zuzustimmen. Vielen Dank den Kommissionsmitgliedern, Stadtrat Thomas Feurer und der Protokollführerin Marlise Stöckli für die konstruktive Mitarbeit."

Alfons Cadario (EVP) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB *

"Ich kann Ihnen mitteilen, dass die OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird."

Susanna Freivogel (SP) Fraktionserklärung *

"Wer die Vorlage gelesen hat, wird kaum bezweifeln, dass in der Oberstadt unter harten Bedingungen effizient gearbeitet wird. Stadtrat Feurer hat die

Arbeitsbedingungen zu Beginn der Sitzung der SPK eindrücklich geschildert. Die MitarbeiterInnen der sozialen Dienste haben nicht nur ein grosses Arbeitspensum zu erledigen, sie sind auch immer wieder mit negativen Reaktionen von Klienten konfrontiert und müssen sich darüber hinaus auch noch mit nicht ausgereiften Software-Programmen herumschlagen.

Falsch wäre es, die vermehrte Arbeitsbelastung der letzten Jahre einseitig der grossen Zahl Asylsuchender anzulasten; sie wird ebenso durch steigende Fallzahlen in den Bereichen Sozialhilfe, Alimentenbevorschussung, KVG/ IVP (individuelle Prämienverbilligung) und auch durch den enormen administrativen Aufwand verursacht, den das Ab- und Verschieben finanzieller Zuständigkeit zwischen staatlichen und privaten Stellen mit sich bringt.

Die Vorlage zeigt auf, wie die Arbeitsabläufe und die Klientenzuteilung optimiert werden sollen, und belegt klar die Notwendigkeit einer Stellenplanerweiterung. Offensichtlich ist auch, dass dadurch ein zusätzlicher Raumbedarf entsteht. Um wieviel Stellen jetzt aufgestockt werden muss, ist nicht auf den ersten Blick ersichtlich. Insgesamt sind es 2,8 Stellen, plus eine bis zum 31.3.2002 befristete 60 % Stelle. Der erschwerte Ueberblick hängt damit zusammen, dass im Sozialreferat wegen der enormen Belastung viel Teilzeit gearbeitet wird. Wenn MitarbeiterInnen eine Teilzeitlösung anstreben, ist dies sicher zu fördern. Kritisch wird es dann, wenn eine Vollzeittätigkeit grundsätzlich nicht mehr ohne psychische oder körperliche Beeinträchtigung zu leisten ist. Spätestens dann muss gefragt werden, ob nicht vielleicht doch das Arbeitspensum und nicht die Arbeitszeit reduziert werden müsste.

Dem Sozialreferat ist für den umfassenden Ueberblick über den sozialen Bereich zu danken und es wäre zu wünschen, dass in der Oeffentlichkeit das effiziente, problemorientierte Arbeiten der sozialen Dienste mehr zur Kenntnis genommen wird. In diesem Zusammenhang sei auf den Kennzahlenvergleich auf Seite 4 der Vorlage hingewiesen. Danach hat Schaffhausen (zusammen mit St. Gallen) nicht nur den tiefsten Nettoaufwand für Sozialhilfe pro Person der Wohnbevölkerung, sondern bietet auch als einzige Stadt allen arbeitsfähigen SozialhilfeempfängerInnen einen Platz in einem Beschäftigungsprogramm (Stiftung Impuls).

Für die SP-Fraktion kann ich Ihnen Eintreten und einstimmige Zustimmung zur Vorlage bekannt geben."

Edgar Mittler (FDP) Fraktionserklärung FDP *

"Herr Stadtrat Feurer hat uns in der SPK sehr eindrücklich und kompetent über die rasante Entwicklung in seinem Referat orientiert. Seine MitarbeiterInnen werden zum Teil mit der ganzen Not und Verzweiflung vieler Ratsuchender konfrontiert. Bekämpfung von Alkoholismus und Drogen, Betreuung von Asylsuchenden, Ausländerfürsorge, Alimentenbevorschussung, um nur einige wenige Aufgaben zu nennen, erfordern korrekte, einfühlsame, anpassungsfähige und manchmal sicher auch abgehärtete Mitarbeiter/innen. Leider ist die Arbeit dieser Leute für die Medien nicht sehr spektakulär, weshalb die Oeffentlichkeit über die z.T. beschwerliche Tätigkeit der Sozialen Dienste wenig informiert ist., es sei denn, ein Sozialberater werde von einem vermeintlich ungerechtfertigt behandelten Fürsorgeempfänger tötlich angegriffen, was im letzten Jahr bekanntlich passiert ist.

In der SPK konnten wir uns überzeugen, dass die Stellen- und Organisationsanpassungen bei den Sozialen Diensten angepasst und notwendig

sind und der Dynamik des Betriebes entsprechend laufend gehandelt wird. Ich denke da vor allem an Tätigkeiten, die z.B. vom Kanton an die Stadt delegiert werden, sprich KVG-Koordinationsstelle, oder das Asylwesen, wo es innert Monaten zu gewaltigen Mehrbelastungen kommen kann oder - wie im heutigen Zeitpunkt - wo Stellen infolge Heimkehr vieler Flüchtlinge wieder relativ rasch abgebaut werden können. Da braucht es grosse Flexibilität, auch seitens dieser AsylbetreuerInnen.

Die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Erwin Sutter (EDU) Fraktionserklärung SVP/EDU *

"Vor gerade zwei Jahren hat der Grosse Stadtrat die Vorlage zur Reorganisation des Sozialreferats verabschiedet und dabei einer Erweiterung des Stellenplans zugestimmt. Schon damals war die laufend steigende Zahl von SozialhilfeempfängerInnen Ursache für eine Erweiterung des Personalbestands. Auch eine 20%-Stelle zur Evaluation und Betreuung einer neuen Software im Rechnungswesen wurde damals bewilligt.

Im letzten Herbst ist der Sozialreferent wieder mit einer Bitte nach mehr Personal an den Grossen Stadtrat gelangt. Damals ging es um die Betreuung von Asylsuchenden, einem Anliegen, dem wir sogar über das Mass der ursprünglichen Anträge hinaus zugestimmt haben.

Heute stehen wir wieder vor der Situation, dass die Arbeit im Sozialamt nicht mehr mit dem vorhandenen Personalbestand bewältigt werden kann. Was sind die Ursachen? Die Seiten 6 und 7 der Vorlage enthalten die wesentlichen Statistiken, worin folgende Punkte auffallen:

1. Bei den SozialhilfeempfängerInnen sind die Fallzahlen in den letzten zehn Jahren kontinuierlich im Steigen begriffen und haben sich in dieser Zeit fast verdoppelt. Hier kommen besonders auch die Möglichkeiten für Beratungen zu kurz. Das alleine muss uns zum Handeln bewegen und ist bereits Grund für eine Aufstockung von Personal, denn bei SozialhilfeempfängerInnen darf Beratung und Betreuung nicht zu kurz kommen, sonst besteht die Gefahr, dass auf die Dauer sehr teure Sozialfälle entstehen. Letztlich muss das Ziel "Wiedereingliederung" heissen, und das geht nicht ohne Beratung und Betreuung, gegebenenfalls auch unter Anwendung von Druck.
2. Auch bei der Alimentenbevorschussung ist eine zunehmende Tendenz über die letzten Jahre sichtbar. Wenn wir uns die Zahlen vor Augen führen, sehen wir, dass der Werteverlust in unserer Gesellschaft - hier spreche ich die hohe Scheidungsrate an oder auch die mangelnde Bereitschaft der Gesellschaft, sozial, psychisch oder physisch Schwache zu reintegrieren - uns letztlich in Form von Sozialausgaben immer stärker belastet.
3. Die zwangsweise Übernahme von Leistungen zur Verbilligung von Krankenversicherungsprämien durch das Sozialamt ist erheblich. Der administrative Aufwand für die Auszahlung von Prämienverbilligungen ist gross. Hier hätte ich eine Frage an den Stadtrat: Warum wird jeder/jede EmpfängerIn von Prämienverbilligungen einzeln angeschrieben, obwohl alle Daten über die Berechtigung zur Prämienreduktion vom Steueramt geliefert werden können? Dann würde mich auch interessieren, ob nicht eine Direktauszahlung an die

Krankenkassen von Vorteil wäre und zwar besonders bei Personen mit finanziellen Schwierigkeiten. Da ist es oft so, dass ausbezahlte Prämienvergünstigungen für andere Zwecke als für den vorgesehenen verwendet werden und die Sozialhilfe dann wieder zur Kasse gebeten wird.

4. In der Buchhaltung wird die Situation durch eine offenbar katastrophal schlecht funktionierende Software zusätzlich erschwert. Hier hat offenbar diese 20%-Stelle, die wir vor 2 Jahren bewilligt haben, nicht sehr viel gebracht. Die Situation ist immer noch sehr unerfreulich.

Alles in allem also eine unerfreuliche Situation, die für die Beteiligten im Sozialamt mit viel psychischer Belastung verbunden ist. Das Anliegen des Stadtrats nach einer Verbesserung der personellen Situation ist leider einmal mehr berechtigt.

Ich kann Ihnen signalisieren, dass die Fraktionsgemeinschaft von SVP und EDU auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen wird."

Theresia Derksen (CVP)

Votum *

"In dieser Vorlage wird die schwierige Situation bei den Sozialen Diensten mit überzeugenden Argumenten dargelegt. SR Feurer hat uns bereits in der SPK die ganze Problematik geschildert. Für uns besteht kein Zweifel daran, dass die 2,8 zusätzlichen Stellen unbedingt nötig sind. In der Vorlage wird auch die Raumnot an der Oberstadt 23 angesprochen. Ich möchte gerne vom Stadtrat wissen, ob sich da inzwischen eine Lösung abzeichnet.

Wir haben auch zur Kenntnis genommen, dass bei der Asylsuchendenbetreuung bereits zwei Stellen nicht mehr besetzt sind und dass - anders als bei den Arbeitslosen - bei der Sozialhilfe keine Verbesserung eingetreten ist. Diese Tatsachen sollten in der Öffentlichkeit besser erklärt und aufgezeigt werden, was sicher auch möglich ist, ohne den Datenschutz zu verletzen."

Die CVP wird auf die Vorlage eintreten und ihr vorbehaltlos zustimmen."

Stadtrat Thomas Feurer

Stellungnahme des SR

"Ich habe mit grosser Genugtuung - ich möchte das Wort Freude nicht in den Mund nehmen, weil es hier nicht um eine freudige Angelegenheit geht - zur Kenntnis genommen, dass Sie verstanden haben, was wir Ihnen und der Öffentlichkeit zur Kenntnis bringen wollten. Die Vorlage haben wir so ausführlich gestaltet, weil die Probleme, die bei uns bestehen, die Probleme unserer Gesellschaft reflektieren - Erwin Sutter hat darauf hingewiesen. Die Probleme bei den Sozialen Diensten der Stadt SH haben nicht wir verursacht. Es ist auch nicht so, dass wir mit unseren Leistungen in den Bereichen Sozialhilfe, Asylwesen oder KVG Ursachen bekämpfen, sondern wir gehen damit vor allem die Symptome an. Hinsichtlich Verursachung ist die ganze Gesellschaft angesprochen.

Leider ist es so, dass die Sozialhilfe und die übrigen Bereiche, die angesprochen worden sind, von den erfreulichen Meldungen von der Arbeitslosenfront nicht direkt (positiv) betroffen sind. Im Gegenteil: Durch die verkürzten Rahmenfristen haben wir nach wie vor sogar Zunahmen bei den Sozialhilfefällen zu verzeichnen. Das macht unsere Resonanz nach aussen nicht unbedingt einfacher. Das wurde von Frau Derksen und Herrn Mittler angesprochen. Da sind auch die Medien angesprochen,

welche der Alltagsknochenarbeit unserer Sozialen Dienste vielleicht etwas mehr Aufmerksamkeit widmen sollten.

Ich danke dem Kommissionspräsidenten für die sehr speditive Behandlung dieses Geschäftes. Ich hätte nie gedacht, dass wir innerhalb einer Kommissionssitzung diese doch sehr umfangreiche Vorlage zu Ende beraten könnten. Es ist sicher auch ein Kompliment an meine MitarbeiterInnen, dass die Kommission einstimmig auf die Vorlage eingetreten ist und man offensichtlich nachvollziehen konnte, dass Handlungsbedarf besteht.

Hinsichtlich der angesprochenen Geschlechtsneutralität in der Formulierung der Vorlage und Anträge löffle ich mich. Ich werde mich künftig bemühen, diesem Anliegen Rechnung zu tragen, wobei ich irgendwann eine Lösung für die ganze Stadt befürworten würde, indem man am Anfang einer Vorlage mit einem eingeschobenen Satz einen Hinweis anbringen und damit vermeiden könnte, dass überall beide Geschlechtsformen erwähnt werden müssen, was zu einer schwerfälligen und schlecht lesbaren Formulierung führt.

Herr Sutter hat zwei konkrete Fragen gestellt. Die eine betrifft die Anschrift aller IPV-berechtigten Personen. Das ist gesetzlich vorgeschrieben. Es sind inzwischen rund 8'500 potentielle IPV-EmpfängerInnen, welche wir vom Steueramt gemeldet erhalten und die wir anschreiben und mit einem Formular bedienen. Leuten, welche aus sprachlichen oder anderen Gründen Schwierigkeiten haben, das Formular auszufüllen, ist unser Amt behilflich. Diese Arbeit bedeutet vordergründig eine Mehrarbeit. Sie entlastet andererseits die Sozialhilfe, weil diese Prämienverbilligungsbeiträge über den IPV-Topf laufen und nicht direkt bzw. vollumfänglich die städt. Sozialhilfe belasten.

Die zweite Frage, weshalb wir diese Beiträge nicht direkt an die betr. Krankenkassen zahlen, ist wie folgt zu beantworten. Die IPV-EmpfängerInnen erhalten eine abgestufte Pauschale, welche gesetzlich fixiert ist. Diese entspricht nicht dem Prämienbetrag, den diese Leute an ihre Krankenkasse zu entrichten haben. Bei jenen SozialhilfeempfängerInnen, bei denen wir wissen, dass sie mit ihren Budgets Mühe haben, übernehmen wir die Begleichung der KK-Prämien direkt. Es ist jedoch zu bedenken: Wenn wir die SozialhilfeempfängerInnen von der Bezahlung ihrer KK-Prämie, ihrer Miete und weiterer Notwendigkeiten entheben und ihnen am Schluss nur noch das ausbezahlen, was sie für ihre persönlichen Bedürfnisse verwenden können, dann gehen wir m.E. den falschen Weg. Das sind Leute, die etwas haben - nämlich Zeit. Wenn wir die ganze Administration für diese Leute übernehmen, dann entlassen wir sie auch aus ihrer Eigenverantwortung, welche wir eigentlich fördern wollen. Wir sind darauf bedacht, dass wir alle entweder mittels Beschäftigungsprogrammen beschäftigen oder so weit als möglich auch mit ihren individuellen Verpflichtungen bei der Stange halten.

Die Sozialen Dienste sind offensichtlich der dynamischste Betrieb. Leider ist das so. Dies bedingt, dass wir sie organisatorisch anpassen müssen. Herr Sutter, Sie haben gesagt, dass dieses 20%-Pensum für die Begleitung des EDV-Projektes nicht lohnenswert war. Das war nicht ganz so. Erstens hatten wir ein internes Problem. Die Person, welche diese Aufgabe übernommen hat, ist aus gesundheitlichen Gründen ausgestiegen. Wie Sie aus der Vorlage ersehen können, hat nunmehr Herr Studer die Verantwortung für diesen Bereich übernommen. Zweitens lag es nicht an der mangelnden Vorbereitung des damaligen Sachbearbeiters auf diesen EDV-

Systemwechsel. Wir haben im Vorfeld etliche Partnerstädte konsultiert, welche alle dasselbe Problem haben.

Wir haben neue Software gekauft, welche zwischenzeitlich im Bereich Sozialhilfe derart komplex ist - Schnittstellen mit Bund, Kanton, privaten Versicherungen, Rückerstattungen hier, Weiterleitung von Geldern dort -, dass sie einer eigentlichen "Nebelpetarde" gleicht. Wir haben kein Programm bekommen, das alle diese Bedürfnisse optimal abdeckt. Die Städte Zürich, Solothurn und Grenchen haben mit den genau gleichen Problemen zu kämpfen.

Zum Schluss möchte ich noch ein ganz besonderes Problem ansprechen. Wir haben nach einer Ermittlung gesehen, dass wir im Sozialreferat überdurchschnittlich viele krankheitsbedingte Ausfälle haben. Es handelt sich dabei z.T. um lange dauernde Ausfälle. Die Leute sind sehr stark belastet. Wir haben deshalb auch diese Reduktionen auf Teilzeitpensen vorgenommen. Damit waren nicht alle Leute einverstanden, weil dies auch mit einer entsprechenden Lohnreduktion verbunden war. Ich wollte dies jedoch, um den Leuten zu mehr Erholungsphasen zu verhelfen. Trotzdem haben wir diese Krankheiten und Ausfälle auch schwerer Natur, welche die Verbesserungen, welche wir erzielt haben, bereits wieder weggefressen haben. Ich werde mir erlauben - nach Vorliegen einer guten Idee und in Abstimmung mit dem SR - wieder auf den Plan zu treten, um diesen Leute eine zusätzliche Erleichterung zu verschaffen. Damit die Kosten bei den Sozialen Diensten in einem vertretbaren Rahmen gehalten werden konnten, mussten wir auf die Bremse stehen, was das Personal zusätzlich belastete. Der Aufwand der Sozialen Dienste der Stadt SH an den Gesamtausgaben der Stadt hat sich von 2% im Jahre 1996 auf 2,5% im Jahr 1999 erhöht. Da kann man wahrlich nicht von explodierenden Zahlen sprechen. Natürlich sähe ich auch lieber einen Rückgang.

Wir kommen unserer Aufgabe zusammen mit unseren MitarbeiterInnen verantwortungsvoll nach. Das haben Sie heute auch honoriert. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

EINTRETEN auf die Vorlage ist damit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 16 der Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

ANTRÄGE

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Anträge der SPK.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Stadtrates vom 29. Februar 2000 über die aktuelle Situation und über die Prognosen der Sozialen Dienste der Stadt Schaffhausen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Die mit Stadtratsbeschluss vom 22.9.1998 bewilligte und bis 30.9.2000 befristete 70%-Teilzeitstelle für eine/n Berater/in Sozialhilfe, **Sachbearbeiter III, Besoldungsklasse 13 - 15**, wird ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

3. Die mit Stadtratsbeschluss vom 15.2.2000 bewilligte und bis 31.7.2000 befristete 60%-Teilzeitstelle für eine/n Berater/in Sozialhilfe, **Sachbearbeiter III, Besoldungsklasse 13 - 15**, wird ab 1.6.2000 bis 28.2.2002 weiter bewilligt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

4. Die mit Stadtratsbeschluss vom 15.2.2000 bewilligte und bis 31.7.2000 befristete 50%-Teilzeitstelle Sekretariat und Zentrale Anmeldung, **Verwaltungssekretärin I, Besoldungsklasse 11 - 13**, wird ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

5. Die mit Stadtratsbeschluss vom 16.2.1999 bewilligte und bis 31.8.2000 befristete 50%-Teilzeitstelle Schuldschein-Bewirtschaftung KVG, **Verwaltungssekretärin II, Besoldungsklasse 9 - 11**, wird auf 180 Stellenprozente erhöht und ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

6. Die mit Stadtratsbeschluss vom 3.8.1999 bewilligte und bis 31.12.2000 befristete 80%-Teilzeitstelle Mitarbeiter Rechnungswesen, **Verwaltungssekretärin II, Besoldungsklasse 9 - 11**, wird um ein weiteres Jahr bis 31.12.2001 weiter bewilligt.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

7. Die mit Stadtratsbeschluss vom 16.2.1999 bewilligte und bis 31.8.2000 befristete 30%-Teilzeitstelle Sekretariat Sozialberatung, **Verwaltungssekretärin II, Besoldungsklasse 9 - 11**, wird ab 1.6.2000 in den ordentlichen Stellenplan der Stadt Schaffhausen aufgenommen.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage zu und heisst die Anträge der SPK mit **41 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 2 VdSR vom 15. Feb. 2000 - Kanalisations-Sanierungsvorlage 1975 - Schlussbericht

EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Ernst Gründler (FDP)

Sprecher der GPK *

"Ich orientiere Sie über die Vorberatungen der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 23. März 2000 in Sachen **"Kanalisations-Sanierungsvorlage 1975 - Schlussbericht"**.

Meine Ausführungen gliedern sich in 2 Teile

- Zuerst ein kurzer Rückblick auf die lange Geschichte der damaligen Vorlage
- Dann Bemerkungen aus den Beratungen der GPK

Zum Einstieg einige Informationen aus der Vergangenheit:

1. Am 28.10.1975 stimmte der Grosse Stadtrat einer Vorlage des SR vom 29.4.1975 zur Gesamtanierung des Kanalisationsnetzes zu. Grund dafür waren schadhafte Leitungen, welche zum Teil bis zu 70 Jahre alt waren.
2. Der Kredit betrug damals Fr. 47'000'000.-, welcher auf einer Preiskalkulation von 1974 basierte.
3. Die Arbeiten wurden im Jahre 1996 beendet.
4. Als Gesamtkosten resultierten Fr. 56'183'640.30, wobei insgesamt 22'140 m Kanalisationen saniert oder ersetzt wurden. In der Vorlage wurden jedoch nur 20'840 m projektiert.
5. An einen Teil der Kanalisationsbauten wurden unter dem Titel "Hauptsammelkanäle innerorts" namhafte Beiträge von Bund und Kanton erwirkt. Gesamthaft sind dies Fr 15'452'446.85, wovon der Bund Fr. 8,7 Mio und der Kanton Schaffhausen Fr. 6,7 Mio beigesteuert haben.
6. Gegenüber der Vorlage 1975 mit 47 Mio Franken Kostenprognose resultieren nun heute indexierte Kosten von Fr. 44'777'000.-, was sehr erfreulich ist. Dies sind 2,2 Mio weniger Gesamtkosten bei klar ausgewiesenen Mehrleistungen.
7. In den Jahren 1980, 1985 und 1990 sind dem Grossen Stadtrat Zwischenberichte über den Stand der erfolgten Sanierungen unterbreitet worden.
8. Bekanntlich hat unser Rat an seiner Sitzung vom 8.6.1999 der Abrechnung der Kosten für die Kanalisation und der Durach im Trasse der Nationalstrasse 4 in einem separaten Bericht mit 48:0 zugestimmt

Bemerkung aus den Beratungen in der GPK:

- Das städtische Kanalisationsnetz befindet sich in einem sehr guten Zustand.
- Die Länge der Abwasserleitungen beträgt heute etwa 150 km.
- Die Stadt führt über alle Kanalisationen einen Anlagekataster.
- Das Tiefbauamt rechnet in den kommenden Jahren mit etwa 3 Mio jährlichen Aufwendungen für die Kanalisationen, was ca 1 % des geschätzten Neuwertes der Anlagen entspricht.

Fazit: Die GPK beantragt dem Grossen Stadtrat mit 7: 0 Stimmen, der Vorlage zuzustimmen."

Ernst Gründler (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP
"Die Fraktionen der FDP und der CVP werden der Vorlage zustimmen."

Josef Eugster (SVP) Fraktionserklärung SVP/EDU
"Dass 1975 aufgrund einer Kostenschätzung 47 bzw. 50 Mio Franken für die Sanierung und den Ausbau der städtischen Kanalisation vom Grossen Stadtrat gutgeheissen wurden, ist m.E. schon etwas Besonderes. Ich möchte dem damaligen Parlament und Stadtrat meine Anerkennung aussprechen.

Wie wir dem Bericht entnehmen können, wurde die Umsetzung der verschiedenen Bauvorhaben mehrheitlich durch das Tiefbauamt projektiert und begleitet. Für diese Leistung gratuliere ich den Verantwortlichen und deren MitarbeiterInnen. Manche Gemeinde- oder Stadtväter wären froh, wenn sie mit ihrer Kanalisation auf demselben Stand wären wie wir in Schaffhausen.

Aufgrund des neuen Gewässerschutz-Gesetzes stehen einige Gemeinden vor einem finanziellen Scherbenhaufen, weil ihnen via Dekret die Sanierung ihrer Kanalisation auferlegt wird.

Ich möchte den SR und das Parlament auffordern, die Werterhaltung der Infrastruktur unserer Stadt allgemein und langfristig auf ein gutes Niveau zu stellen.

Die Fraktion SVP/ EDU wird der Vorlage zustimmen."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *
"Genau ein Jahr nach der Vorlage betreffend Kanalisation A4, wo eine massive Kostenüberschreitung beklagt und gerügt werden musste, kommt nun diese Vorlage, welche indexiert eine Kostenunterschreitung ausweist, und das, obwohl die teurere A4-Kanalisation darin enthalten ist. Das freut uns, insbesondere auch angesichts der Tatsache, dass es möglich ist, einen Kredit während eines Vierteljahrhunderts zu verwalten und im Griff zu halten. Die Hauptkomponenten unserer Kanalisation sind nun also offenbar auf einem guten Stand. Es ist allerdings zu berücksichtigen, dass lediglich 15% unseres Kanalnetzes erneuert oder saniert sind. Das Abwasser wird

uns also, neben der ARA Röti, auch weiterhin beschäftigen und belasten. Die Vorlage weist deshalb richtigerweise darauf hin, dass auch in Zukunft mit Investitionen von ca. Fr. 3 Mio pro Jahr zu rechnen sein wird.

Damit ist mit Sicherheit auch gewährleistet, dass die Abwassergebühren bzw. deren Höhe weiterhin ein Thema bleiben werden.

Die SP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und dem Antrag zustimmen."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB *

"Viel gibt es nicht mehr zu sagen. Die einzige Position in dieser Informations-Vorlage, welche ein wenig Fleisch am Knochen gehabt hätte, - Stichwort Kanalisation N4 und Durach - haben wir mit einer separaten Vorlage am 8. Juni 1999 behandelt. Alle weiteren Ausgaben wurden ja jeweils schon mit den Budgets bewilligt und mit der Rechnung genehmigt. Über alles gesehen ist die Sanierung und Erneuerung der Kanalisation sehr gut ausgefallen. Heute ist das Kanalisationsnetz der Stadt Schaffhausen auf einem guten Stand, wobei natürlich auch weiterhin der notwendige Unterhalt anfallen wird. Es bleibt mir eigentlich nur noch der Verwaltung und dem Grossen Stadtrat in seiner 1975er-Besetzung für ihre vorausschauende Politik zu danken.

Die OeBS//EVP/JPS/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des SR

"Die Vorgeschichte hat Ihnen der Sprecher der GPK, Ernst Gründler, im Detail vorgelegt. Aus meiner Sicht darf ich vielleicht hervorheben, dass die indexierten Gesamtkosten gegenüber der Kostenschätzung um 2,2 Mio Franken tiefer gehalten werden konnten. Dies hat uns auch im SR und in der Verwaltung sehr gefreut.

Ich möchte die Gelegenheit benützen, meinen MitarbeiterInnen, welche an diesem Projekt während Jahrzehnten sorgfältig gearbeitet haben und mit den ihnen zur Verfügung gestandenen Mitteln sehr haushälterisch umgegangen sind, herzlich zu danken. Wir dürfen mit Befriedigung feststellen, dass unsere Kanalisation heute im Vergleich zu anderen Gemeinden auf einem sehr guten Stand ist. Dies heisst aber nicht, dass wir in den Anstrengungen und Bestrebungen hinsichtlich des Unterhaltes nachlassen dürfen. Ich appelliere an Sie, jeweils bei den Budgetberatungen dafür Verständnis aufzubringen, wenn wir wieder mit einzelnen Tranchen kommen.

Der Beschluss des GrSR vor 25 Jahren war in der Tat ein kluger und vorausschauender Entscheid. Man wünschte sich da und dort solche Beschlüsse auch für die Zukunft.

Ich hoffe, dass Sie dem Bericht zustimmen können. Ich bedanke mich dafür."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

EINTRETEN auf die Vorlage ist damit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 15 der Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

ANTRÄGE

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest den Antrag auf Seite 16 der Vorlage.

Der Grosse Stadtrat nimmt in zustimmenden Sinne Kenntnis vom Schlussbericht des Stadtrates vom 15. Februar 2000 über die Sanierung des Kanalisationsnetzes gemäss der Vorlage von 1975.

Kein Gegenantrag - so beschlossen.

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage zu und heisst den Antrag des SR mit **44 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 3 VdSR vom 14. März 2000 - Grundstück GB Nr. 5018, Verkauf einer Teilfläche an die Firma Paul Keller Transport AG, Schaffhausen

EINTRETENSDEBATTE

Das Geschäft wurde in der GPK vorberaten.

Thomas Hauser (FDP) Sprecher der GPK *

"Die Behandlung dieses Geschäftes war in der GPK, in Sachen zeitlichem Minimalaufwand, rekordverdächtig. Nur gerade die Abnahme der immer gut abgefassten Protokolle oder das Traktandum 'Verschiedenes', wenn sich niemand zu Worte meldet, gehen noch schneller über die Bühne.

Alle Verfechter der generellen Landabgabe im Baurecht und Gegner von Landverkäufen durch die öffentliche Hand waren sich mit den Verkaufsbefürwortern einig, dass diese Parzelle verkauft werden kann. Nur gerade der Landpreis und die Situation, dass vorderhand die Teilbaute des EWS und die Parzelle Paul Keller AG noch die gleiche GB-Nummer 5018 haben, gaben zu Fragen Anlass. Diese beiden Fragen konnten zur Zufriedenheit aller durch Bausekretär Albert Tanner beantwortet werden.

Anschliessend stimmte die GPK der Vorlage mit 4 : 0 Stimmen - bei 3 Abwesenheiten - zu.

So bitte ich Sie im Namen der GPK, diesen sinnvollen Landverkauf gutzuheissen."

Thomas Hauser (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP sowie SVP/EDU *

"Die Vertreterinnen und Vertreter der CVP, SVP, EDU und FDP folgen der Aufforderung der GPK, da mit dem Erlös aus diesem Verkauf auch der wichtige Rahmenkredit für Landkäufe alimentiert werden kann."

Peter Möller (GB) Fraktionserklärung OeBS/EVP/JPS/GB

"Dies ist nun einmal ein Landverkauf, der auch von unserer Fraktion befürwortet wird, denn hier macht ein Abgabe im Baurecht angesichts der Parzellenlage und Form keinen Sinn. Mit dem Verkauf kann zudem einer hier ansässigen Firma gedient werden.

Kurz gesagt, die OeBS/EVP/JPS/GB-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten und ihr zustimmen."

Andres Bächtold (SP) Fraktionserklärung *

"Meinem Vorredner gibt es nichts mehr hinzu zu fügen. Selbst die SP wird diesem Landverkauf zustimmen."

Stadtrat Kurt Schönberger Stellungnahme des SR

"Sie haben ein rekordverdächtiges Tempo hingelegt. Der SR hat die Vorlage am 14. März 2000 verabschiedet. Heute haben wir den 9. Mai 2000. Das ging sehr schnell. Damit haben Sie bewiesen, dass Ihnen auch die Anliegen eines ortsansässigen Unternehmens am Herzen liegen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken. Ich bedanke mich auch dafür, dass bei diesem Geschäft keine Ideologien verteidigt wurden, sondern dass sich alle Fraktionen hinter diesen Verkauf stellen."

Die Ratspräsidentin stellt fest, dass Eintreten auf die Vorlage unbestritten ist.

EINTRETEN auf die Vorlage ist damit beschlossen.

DETAILBERATUNG

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Seitenzahlen 1 - 2 der Vorlage.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

ANTRÄGE

Peter Neukomm, 1. Vizepräsident verliest die Anträge auf Seite 2 der Vorlage.

1. Der Grosse Stadtrat nimmt Kenntnis von der Vorlage des Stadtrates vom 14. März 2000 betreffend den Verkauf einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 5018.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

2. Der Grosse Stadtrat stimmt der Abgabe einer Teilfläche des städtischen Grundstückes GB Nr. 5018 "Ebnat" im Umfang von ca. 748 m² zum Pauschalbetrag von Fr. 160'000.-- an die Firma Paul Keller, Transport AG, Ebnatstrasse 131, 8200 Schaffhausen, zu.

Kein Gegenantrag - so beschlossen

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat stimmt der Vorlage zu und heisst die Anträge des SR mit **43 : 0 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 4 INTERPELLATION Stephan Schlatter (SVP) vom 20.1.2000 - Beschäftigungsprogramme; weitere Entwicklung

Stephan Schlatter (SVP) Begründung der Interpellation *

"Die Wirtschaft bekommt langsam wieder Schwung, die Auslastung der Betriebe steigt und die Wirtschaftsprognostiker sagen ein steigendes Wachstum voraus.

Die Betriebe stellen - zum Glück - wieder Arbeitskräfte ein und die Arbeitslosenzahlen sinken. Es kann teilweise sogar von einem ausgetrockneten Arbeitsmarkt gesprochen werden.

Die von der Stadt ins Leben gerufenen Beschäftigungsprogramme müssten demzufolge immer weniger " Kunden " haben. Wie sieht der heutige Stand bei diesen Programmen aus? Welche Programme werden angeboten und wie werden diese durchgeführt ?

Qualifizierte und ausgebildete Arbeitslose finden viel eher wieder eine Stelle als Arbeitslose, die keine Ausbildung haben oder/und die deutsche Sprache nicht beherrschen. Welche Massnahmen werden dort für die Wiedereingliederung in die Arbeitswelt unternommen?

Mit dieser Interpellation stellen wir die Beschäftigungsprogramme keineswegs in Frage, im Gegenteil, wir erachten diese Institution als sinnvolle Massnahme für die Wiedereingliederung und gegen die Arbeitslosigkeit. Wir möchten uns gerne über den aktuellen Stand informieren lassen.

Gerne nehmen wir die Antwort des Stadtrates entgegen."

Stadtrat Kurt Schönberger Antwort des SR *

"Ich bin froh, dass wir diesen Vorstoss heute behandeln können, nachdem dieser bereits Mitte Januar 2000 eingereicht wurde und vielleicht die eine oder andere Frage etwas an Aktualität eingebüsst hat.

Im Frühjahr 1983 wurde das sogenannte "Arbeitslosenprojekt" vom Stadtrat ins Leben gerufen. Damals konzentrierte sich das Projekt vorwiegend auf alkohol- und drogengeschädigte Personen. Die Leitung des Projektes wurde von der Forstverwaltung (nebenamtlich) übernommen, die Federführung oblag dem Sozialreferat.

Beim Einstieg umfasste das Arbeitslosenprojekt eine Gruppe von maximal 6 Personen, inkl. Gruppenleiter, und konnte sich nur auf eine sehr einfache Infrastruktur abstützen. Im Verlaufe der Jahre mussten die Massnahmen zur Beschäftigung Arbeitsloser massiv ausgebaut werden.

Das heutige Konzept der städtischen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen (nebst "Beschäftigung" wurden auch die Bereiche "Weiterbildung" und "Vermittlung" stark ausgebaut) hat sich bewährt und gilt gesamtschweizerisch als effizientes und kostengünstiges Beispiel für die Beschäftigung und Wiedereingliederung von Arbeitslosen. Zu diesem Zweck steht heute ein gut ausgebauter Stützpunkt mit intakter Infrastruktur im Mühlental zur Verfügung. Die Arbeitslosen werden von qualifizierten Gruppenleitern betreut.

Ende 1997 wurde zudem das sogenannte "Impuls-Programm" der bisherigen Organisation angegliedert. Die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen der Stadt Schaffhausen stellen eine echte Hilfe für die Betroffenen dar und haben sich als soziale Institution in den vergangenen Jahren etabliert.

Zur Zeit werden durch die Stadt Schaffhausen folgende Beschäftigungsmöglichkeiten angeboten:

a) Bundesprojekt

Dieses Projekt unterteilt sich in ein Einzel- und ein Gruppenprogramm.

Für beide Programme erfolgt die Zuteilung durch das KIGA oder das RAV. Dabei werden dem Einzelprogramm Personen zugewiesen, welche einen Beruf erlernt haben und die deutsche Sprache gut beherrschen. Solche Personen sind leichter und schneller wieder vermittelbar.

Im Gruppenprogramm finden Personen Unterschlupf, welche aufgrund ihrer Ausbildung, bisherigen Tätigkeit und Sprachkenntnisse schwer vermittelbar sind. Darunter fallen auch physisch und psychisch angeschlagene sowie alkoholabhängige Personen.

b) Stiftung "Impuls", städtisches Programm

Dieses Projekt unterteilt sich ebenfalls in ein Einzel- und ein Gruppenprogramm und beinhaltet zusätzlich noch die sogenannte "Taglohngruppe".

Bei der Stiftung "Impuls" werden Personen beschäftigt, welche ebenfalls vom KIGA oder RAV über das Arbeitslosenhilfegesetz oder von den Fürsorgeämtern von Stadt und Gemeinden zugewiesen werden.

Dabei handelt es sich vornehmlich um ausgesteuerte, also nicht mehr AL-bezugsberechtigte Personen oder Fürsorgefälle.

In der Taglohngruppe werden Personen (aus der Stadt und anderen Gemeinden) beschäftigt, welche nicht vermittelbar sind und schwerere Alkohol- und Drogenprobleme aufweisen.

Die Feststellung des Interpellanten, dass die jeweils publizierten Zahlen über arbeitslose Personen nur die eine Seite einer traurigen Bilanz darstellen, entspricht leider den Tatsachen. In Wirklichkeit sind bei all diesen Statistiken insbesondere ausgesteuerte Personen, also solche die aus dem Arbeitslosenprogramm ausgeschieden sind, nicht enthalten.

Zu den jeweils per Ende des Monats vom KIGA, wie auch vom Bund, veröffentlichten Arbeitslosenzahlen sind die nicht registrierten und vor allem die Ausgesteuerten, will heissen die nicht mehr AL-Bezugsberechtigten, hinzu zu zählen. Nach Schätzungen

der Fachleute dürfte die Arbeitslosigkeit inklusive dieser Gruppen nahezu das Doppelte dessen betragen, was die Statistik jeweils vermeldet.

Um so wichtiger ist das Angebot, das die Stadt unter dem Begriff "Arbeitsbeschaffungsmassnahmen" mit der Stiftung "Impuls" ins Leben gerufen hat.

Einige Daten über die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in der Stadt Schaffhausen:

	1980	1985	1990	1995	1999
Arbeitslose	38	430	229	1428	1046

Zu den offiziell registrierten 1046 Arbeitslosen per Ende 1999 kommen noch 846 Stellensuchende dazu, Personen also, die nicht dem AL-Gesetz unterstehen, ausgesteuert sind oder als Fürsorgefall gelten. Damit wird die vorhergehende Aussage bestätigt.

Zu den einzelnen Fragen des Interpellanten:

Frage 1: Wie viele Personen werden momentan in den städtischen Betreuungsprogrammen beschäftigt?"

Am Stichtag 29. April 2000 wurden in den städtischen Beschäftigungsprogrammen beschäftigt:

- a) Bundesprojekte
 - Einzelprogramm 81 Personen
 - Gruppenprogramm 42 Personen
- b) Stiftung "Impuls" (städtisches Programm)
 - Einzelprogramm 42 Personen
 - Gruppenprogramm 41 Personen
(inkl. Taglohngruppe)

*Frage 2: Wie teilen sich diese auf in die Kategorien
- Männer/Frauen
- SchweizerInnen/AusländerInnen?"*

Ende 1999 teilten sich die Beschäftigten in den Arbeitslosenprogrammen wie folgt in die verschiedenen Kategorien auf:

- a) Bundesprojekte
 - Männer ca. 72 %
 - Frauen ca. 28 %
 - Anteil AusländerInnen ca. 65 %
- b) Stiftung "Impuls"
 - Männer ca. 75 %

- Frauen	ca. 25 %
-Anteil AusländerInnen	ca. 45 %

Frage 3: Wie stellt sich die Entwicklung der in den nächsten Monaten in die städtischen Beschäftigungsprogramme aufzunehmenden Personen dar?

Es ist davon auszugehen, dass die Beschäftigten-Zahl im Jahr 2000 in etwa jener des Jahres 1999 entsprechen wird. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen muss in den Projekten der Stiftung "Impuls" mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden, wo hingegen im Bundesprogramm tendenziell eher mit einer weiteren Abnahme gerechnet werden darf.

Ein Blick auf die Statistik unterstreicht diese Annahme. Die monatliche Teilnehmerzahl bei beiden Beschäftigungsprogrammen schwankt von Januar 1998 bis Dezember 1999 zwischen 168 und 163. Dabei wird der Rückgang beim Bundesprogramm von 145 auf 81 durch die Zunahme bei der Stiftung Impuls von 23 auf 82 wettgemacht.

Frage 4: Wie sind die Arbeitsgruppen organisiert und welchen Einfluss hat die rückläufige Arbeitslosenzahl auf die Anzahl der beschäftigten Gruppenleiter?

Zur Zeit sind in den Beschäftigungsprogrammen 6 Gruppenleiter angestellt (je 3 in der Stiftung "Impuls" und im Bundesprogramm). Davon sind deren zwei fest angestellt, die anderen vier mit einem auf ein Jahr befristeten Anstellungsvertrag, der durch den Stadtrat auf entsprechenden Antrag hin jeweils um ein weiteres Jahr verlängert werden kann. Jeder Gruppenleiter bearbeitet bestimmte Spezialgebiete und ist für die Einsatzplanung und Ausführung der Projekte sowie für die Instruktion seiner Gruppe zuständig. Die Tätigkeit der Gruppenleiter ist sehr anspruchsvoll, sind doch Personen zu betreuen, die sich, vorübergehend oder auch für längere Zeit, in einer sehr schwierigen Phase befinden. Nebst der Beschäftigung bildet das soziale Gefüge einen Schwerpunkt der Arbeit.

Eine Reduktion der Anzahl Gruppenleiter ist, zumindest im Jahr 2000, nicht möglich. Dies, weil der Aufwand der Gruppenleiter für die Betreuung der Arbeitslosen in den letzten 2 Jahren sehr stark zugenommen hat (schlechter Ausbildungsstand der Arbeitslosen, Sprachprobleme usw.).

Eine kleinere Gruppenbildung erlaubt zudem eine individuellere Betreuung auch in sozialer Hinsicht, was sich mit Blick auf die Stellensuche aus Erfahrung positiv auswirkt.

Frage 5: Ist die Finanzierung der Gruppenleiter durch den Bund weiterhin gewährleistet?

Vom Bund werden die Gruppenleiter des Bundesprogrammes finanziert. Dies ist auch in Zukunft, solange die Stadt Schaffhausen die Vorgaben des Bundes erfüllt, gewährleistet.

Konkret werden durch den Bund drei der insgesamt sechs Gruppenleiter - der Programmleiter, dessen Stellvertreter sowie die Sekretärin - zu 100% finanziert.

Bei der Stiftung "Impuls" wird ein Gruppenleiter über das Kant. Arbeitslosengesetz abgerechnet. Die beiden Gruppenleiter der "Taglohngruppe" werden über die Fürsorgeeinrichtungen der Stadt und weiterer beteiligter Gemeinden finanziert.

Kurzum, die städtischen Beschäftigungsprogramme finanzieren sich, mit Ausnahme eines kleinen Teils der Infrastruktur- und Sachkosten, selbst.

Frage 6: Haben alle diese Entwicklungen Konsequenzen auf die von der Stadt Schaffhausen angebotene Infrastruktur?

Die angebotene Infrastruktur im städtischen Arbeitslosenprogramm hat sich bisher bewährt. Anpassungen an die vorhandenen Projekte werden laufend vollzogen, ein Ausbau ist aber nicht vorgesehen. Im laufenden Jahr zeichnet sich aber auch kein nennenswerter Abbau ab. Zur Zeit befasst sich eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe mit weiteren Zusammenarbeitsmöglichkeiten zwischen dem Kanton und der Stadt. Dabei geht es u.a. um eine effizientere Stellenvermittlung sowie um eine Intensivierung im Bereich der Weiterbildung (z.B. Deutschklasse). Die ersten Ergebnisse aus der Arbeitsgruppe liegen Ende Mai 2000 vor.

Frage 7: Besteht die Absicht, für Aufräumarbeiten im städtischen Wald Arbeitslose einzusetzen?

Der Orkan "Lothar" hat im Stadtwald am 26. Dezember 1999 rund 20'000 m³ Holz geworfen. Dies entspricht fast dem 2-fachen einer normalen Jahresnutzung. Die Forstverwaltung war in den letzten 4 Monaten intensiv damit beschäftigt, möglichst viel Holz aufzuarbeiten.

Bis Ende April sind rund 90% des Sturmholzes bewältigt worden. Bei der gefährlichen Aufrüstung von Sturmholz können aus Gründen der Arbeitssicherheit nur Fachleute eingesetzt werden.

Hingegen waren Arbeitslose im städtischen Beschäftigungsprogramm seit Beginn des Jahres in folgenden Bereichen tätig:

- Aufräumen von Strassen und Wanderwegen
- Freilegen von Entwässerungs- und Strassengräben
- Aufrüsten von geschädigten Schwachholzbeständen
- Säubern von aufgerüsteten Schlagflächen (Verbrennen von Ästen, Entfernen von Rest- und Schwachholz)

Bisher waren bis zu 20 Personen aus dem Beschäftigungsprogramm in den Sturmholzflächen aktiv. Sie leisteten dabei sehr wertvolle Arbeit und helfen mit, die Fachkräfte in wesentlichem Ausmass zu entlasten.

Zur Zeit übernehmen die Teams aus dem Beschäftigungsprogramm zusätzliche Aufgaben wie Errichten von Wildschutzzäunen und Pflanzungen in Aufforstungen.

Frage 8: Oder könnte sich der Stadtrat vorstellen, sich dem Vorhaben anderer Städte und Regionen anzuschliessen, dafür ausländische Arbeitskräfte beizuziehen?

Diese Frage ist mittlerweile überholt; gleichwohl habe ich Ihnen eine Antwort darauf.

Die Forstverwaltung versuchte, die Sturmschäden möglichst mit eigenen Mitteln zu bewältigen. Zusätzlich wurden aber folgende externe Kräfte eingesetzt:

- Forstteam aus dem Zürcher Weinland für ca. 2 Monate
- Forstteam aus dem Kanton Graubünden für 2 Wochen
- Punktueller zusätzlicher Einsatz einheimischer Unternehmer (kleine Vollernter, LKW's für die zentrale Lagerung von Sturmholz etc.)
- Einsätze eines österreichischen Unternehmers mit Vollernter und Rückefahrzeugen zur Aufrüstung von ca. 4'000 m³ Fichten-Sturmholz, mit gleichzeitiger Verpflichtung für den Export des geschlagenen Holzes
- ZSO Schaffhausen-Neuhausen am Rheinfall zur Säuberung von Aufforstungsflächen

Mit der Beantwortung dieser Interpellation wurde dem Stadtrat Gelegenheit gegeben, Ihnen einen aktuellen Überblick über die Situation im städtischen Arbeitsbeschaffungsprogramm zu vermitteln. Der Stadtrat ist überzeugt, mit dem eingesetzten Mittel "Arbeitsbeschaffungsmassnahmen" resp. der Stiftung "Impuls" die Zeichen der Zeit frühzeitig erkannt und die richtigen Schritte zur Milderung des Problems eingeleitet zu haben. Er steht nach wie vor hinter diesem Projekt und ist gewillt, dieses auch in Zukunft weiterzuführen.

Sicher darf hier auch einmal festgestellt werden, dass die Zusammenarbeit mit dem KIGA und dem kantonalen Sozialversicherungsamt in jeder Hinsicht ganz ausgezeichnet funktioniert. Alle ziehen am selben Strick mit dem Ziel, den von Arbeitslosigkeit Betroffenen die beste Lösung anzubieten. Als sehr angenehmer Nebeneffekt konnte davon die Stadt in ganz besonderem Masse profitieren, indem statt Gelder der Sozialhilfe auszahlen zu müssen, Leute sinnvoll beschäftigt werden können. Damit wird ein gesellschaftliches Problem im Sinne der Solidarität von verschiedenen Stellen gemeinsam angegangen und gelöst.

Zum Schluss möchte ich dem Leiter der Beschäftigungsprogramme, Herrn Günter Zwahlen, welcher heute auf der Tribüne sitzt, herzlich danken. Er hat es auch verdient, dass die Öffentlichkeit davon Kenntnis nimmt, dass hier seit Jahren a.o. wertvolle Arbeit mit einem beachtlichen Engagement geleistet wird. Dafür gebührt ihm, aber auch seinen MitarbeiterInnen der beste Dank."

Es wird keine Diskussion beantragt.

Stephan Schlatter (SVP) Schlusswort des Interpellanten

"Ich möchte dem Stadtrat für seine ausführliche Beantwortung danken. Ich hoffe natürlich, dass die Teilnehmerzahl weiter sinken kann. Bei Herrn Günter Zwahlen möchte ich mich für seine Erläuterung, die er mir gab, bedanken, ebenso für seine engagierte Tätigkeit."

Das Geschäft ist erledigt.

Traktandum 5 INTERPELLATION Annina Keller (JPS) vom 24. März 2000 - Wie gestaltet sich die Gestaltung einer Platzgestaltung?

Annina Keller (JPS) Begründung der Interpellation *

"Einige von Ihnen haben wahrscheinlich die Nase gerümpft, als Sie den Inhalt meiner Interpellation erkannten: Schon wieder Herrenacker! Mir geht es ähnlich, auch ich bin es allmählich leid, immer wieder von neuem über den Herrenacker diskutieren zu müssen. Dennoch scheint mir die Angelegenheit der zukünftigen Nutzung dieses Platzes zu wichtig, um sie einfach der Müssigkeit halber ruhen zu lassen. Denn ich möchte nicht, dass es so weit kommt wie bei der Bahnhofstrasse, welche schon praktisch gebaut war, bevor dieser Rat überhaupt dazu Stellung nehmen konnte.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch, mir geht es nicht um eine Ästhetik-Diskussion, und ich will den Herrenacker auch nicht in diesem Saal gestalten. Mir geht es um etwas ganz anderes.

Der Herrenacker wird in Zukunft völlig anders genutzt werden als bis anhin, nicht mehr als Parkplatz, sondern als Platz und somit als Lebensraum. Und genau das, die zukünftige Gestaltung dieses Lebensraums ist es, was viele Leute primär interessiert. Es sind nicht die Anzahl Parkplätze, das Finanzierungssystem oder die zukünftigen Parkplatzpreise, nach denen mich verschiedentlich Leute gefragt haben. Die Frage - Ja und was passiert mit dem Platz? - ist es, welche mit Interesse gestellt wird. Auch meiner Meinung nach ist diese Frage zentral und interessiert deshalb, weil die Antwort darauf beschreiben soll, was man nachher sieht. Das Parkhaus wird unter dem Boden sein, die Autos somit weg. Was wird man nun in Zukunft antreffen, wenn man die Tanne oder den Rathausbogen hinaufkommt? Schaffhausen zerbricht sich den Kopf; die Frage bleibt offen, ob es der Stadtrat auch tut und somit der Frage ein angemessenes Gewicht gibt. Dies ist ein erster Grund, der mich zu dieser Interpellation veranlasst hat, ein zweiter hängt damit zusammen.

Im Bedenken an den Stellenwert, der die Gestaltung und die Nutzung des Herrenackers für viele städtische BewohnerInnen hat, drängt sich die Frage auf, wie, - also auf welche Art und Weise - man das Bestmögliche aus diesem Platz herausholen kann.

Schaffhausen hat die Möglichkeit, einen Platz von Grund auf neu zu gestalten und ist mehr oder weniger frei in der Art und Weise, wie sie ihn nutzen will.

Wo kann man das denn heut zu Tage noch? Plätze sind doch zu einem sehr grossen Teil bereits gebaut und genutzt. Wir kommen durch die Verlagerung des

Verkehrs unter den Boden zu einer Chance, einem riesigen Platz ein neues Gesicht zu geben.

Wir sind uns hier drinnen wohl alle einig, dass der Herrenacker ein ansprechendes, sympathisches und charakteristisch-ausdruckstarkes Gesicht erhalten soll, weil das etwas ist, was man gerne ansieht.

Wir schicken den Herrenacker also so zu sagen zum Schönheits-Chirurgen. Jetzt drängt sich natürlich die Überlegung auf, welcher der unzähligen Chirurgen, die es gibt, den Job Herrenacker am besten ausführen kann und wie man denjenigen findet.

Überlasse ich die Entscheidung einem Angestellten, der etwas von Chirurgie versteht und der dann ein paar befreundeten Chirurgen Bescheid gibt und diese Freunde somit als einzige die Möglichkeit bekommen, ihre Ideen zur Gesichtsgestaltung vorzubringen? Reicht es mir zu wissen, dass sie alle von einer Person ausgewählt und eingeladen wurden? In dieser Sache reicht mir das bei weitem nicht.

Bitte verstehen Sie mich richtig: Ich will hier niemandem irgendwelche Machenschaften unterstellen, weder unterschwellig noch sonst wie, denn zu einem solchen Urteil bin ich nicht befähigt und mangels Wissen auch gar nicht fähig. Aber als Mensch weiss ich, dass man in dieser Welt selten etwas geschenkt bekommt. Als kritische Bürgerin frage ich mich, wie die befreundeten Chirurgen des Angestellten ausgesucht werden. Wer schuldet wem etwas? Wenn du für mich, dann ich für dich! Ich weiss es nicht, ich möchte Ihnen lediglich ehrlich mitteilen, wie mir das vorkommt. Bitte klären Sie mich doch auf, denn ich denke, nicht die einzige zu sein, die das wissen möchte.

Für mich und mein Verständnis reicht so ein Verfahren in einer so wichtigen, vor Potential strotzenden Sache einfach nicht aus. Es würde vielleicht reichen, wenn ich mich einfach zufriedengeben würde. Aber gibt man sich lediglich mit einem Gesicht zufrieden? Ich denke, wir müssen - um das Beste zu bekommen - auslesen können. Ich will nicht sagen, dass die Freunde des Angestellten nicht fähig sind, ein gutes oder sogar das beste Gesicht zu gestalten, aber mir fehlt bei diesem Vorgehen die Weitsicht. Weitsicht über Kantons- und Landesgrenzen hinaus. Auch fehlt mir die Wahrung der Chancengleichheit, was mir bei einem so einzigartigen Projekt besonders wichtig scheint. Deshalb möchte ich vom Stadtrat unter anderem wissen, was für ein Wettbewerb für die Platzgestaltung Herrenacker geplant ist und warum.

Weiter möchte ich erfahren, wie viel Mut der Stadtrat und Sie hier im Saal haben, mit dem Herrenacker Akzente zu setzen. Wir haben, wie gesagt, eine einmalige Möglichkeit.

Wir können uns nach X Jahren Streitereien um die Autos nun endlich darum kümmern, worum wir jahrelang gestritten haben, nämlich um den Platz. Es sollte einerseits nicht sein, dass man nach so vielen Jahren mit der Gestaltung jetzt einen Schnellschuss lanciert. Andererseits dürfen wir uns auch nicht auf der endlich erreichten Einigung ausruhen, Tee trinken und abwarten, was der Platz dann aus sich macht, wenn unter ihm der Beton zu trocknen anfängt. Die ewigen Diskussionen können doch als Resultat nicht nur mehr Parkplätze hervorbringen, da muss doch

auch etwas für Auge, Seele und Verstand herausspringen. Dazu kommt, dass ich nun mal der Meinung bin, dass man ruhig auch einmal etwas wagen könnte, etwas Ausgefallenes, Innovatives, noch nicht Gehabtes anstreben könnte.

An dieser Stelle würde vom Stadtrat und wohl auch von einigen von Ihnen das gern gebrauchte "Geldargument" ins Spiel gebracht werden. Ein Argument, das doch immer wieder erstaunliche Wirkungen mit sich bringt; insofern ein nicht zu verachtendes Argument sogar. Aber in diesem Zusammenhang hat es für mich nur bedingt Gewicht. Bitte vergessen Sie nicht, es geht hier um die Gestaltung öffentlichen Raums. Ein kostbares Gut, denn ihn zu haben, ist von unschätzbarem Wert. Nun, wie geht man im täglichen Leben mit etwas Kostbarem um? Man beschützt, hegt und pflegt es, auch mit dem Einsatz von finanziellen Mitteln, wenn es nötig ist.

Und für die Erhaltung und Gestaltung des Gutes öffentlicher Raum ist es nun einmal von Nöten, Geld in die Hand zu nehmen. Es geht nicht darum, oder zumindest für mich geht es nicht darum, den Herrenacker hauptsächlich billig, "komme was wolle", zu bekommen. Ich will einen innovativen und beständigen Herrenacker, den man nicht nach 15 Jahren wieder überdenken muss, nur weil wir heute zu wenig Mut hatten.

Ich finde es wichtig, dass auch dieser Rat dazu Stellung nimmt, denn schlussendlich sind wir diejenigen, welche die Finanzierung sprechen. Und wahrscheinlich habe ich nicht als einzige keine Lust, am Ende ein ähnliches Szenario wie an der Bahnhofstrasse zu erleben. Dazu kommt, dass es ja auch im Interesse des Stadtrates sein sollte, die Stimmung hier im Saal ausloten zu können...

Ich bin gespannt auf die Antwort des Stadtrates und bedanke mich für ihre Aufmerksamkeit."

Stadtrat Kurt Schönberger

Antwort des Stadtrates *

"Der Stadtrat ist erfreut über die Tatsache, dass nach endlosen Anläufen ein Parkhaus unter dem Herrenacker erstellt wird. Baubeginn wird Mitte Juni 2000 sein, gemäss Programm soll die Fertigstellung Ende 2001 erfolgt sein.

Erfreulich ist zudem auch die Tatsache, dass der historische Platz Herrenacker einer neuen Nutzung und Bedeutung zugeführt werden kann. Die Gestaltung historischer Plätze hat verschiedene Aspekte zu erfüllen:

- Die Interpretation des Platzes im städtischen Kontext und
- Die Definition eines öffentlichen Raumes in der Gegenwart.

Als Einleitung zu den konkreten Fragen der Interpellantin liegt es mir sehr daran, Ihnen die Geschichte des Herrenackers, soweit sie sich aus den Quellen eruieren lässt, zu schildern:

Seit dem Mittelalter bis in die jüngste Zeit war und ist der Herrenacker als grösster Platz der Schaffhauser Altstadt einer wechselvollen Geschichte unterworfen.

Er befand sich ursprünglich im Besitze der Herren bzw. der Äbte des Klosters Allerheiligen. Wohl bis ins 13. Jahrhundert war das Gelände Getreidefeld des

nahegelegenen Klosters. An seinem Rand entstanden laut Quellen im frühen 14. Jahrhundert die ersten Häuser.

Schon im Mittelalter diente der Herrenacker als Schau- und Festplatz für öffentliche religiöse Spiele (bezeugt ist ein Osterspiel 1414), ebenso war er Versammlungsplatz des Stadtmilitärs.

Inwieweit der Herrenacker auch Turnierplatz war, ist aus den Quellen nicht genau nachweisbar.

Im Verlauf des 15. bis 18. Jahrhunderts entstanden am Herrenacker öffentliche und private Gebäude. Spätgotische und barockisierte Häuserzeilen begrenzen in traufständiger Stellung den Herrenacker.

Im Jahre 1679 wurde im nordwestlichen Teil das mächtige Korn- und Kaufhaus erstellt, das mit seinem markanten Rustikageschoss den Platz weithin beherrscht. Am südlichen Platzenende ragte, wie es in der Rüegerchronik heisst, die "cantzley gmeiner stat", das ehemalige Regierungs- und heutige Gerichtsgebäude hervor, gegenüber das Erkerhaus "Zur Münz", das vom städtischen Münzmeister bewohnt wurde. Während der Barockzeit wurden einige Bürgerhäuser baulich umgestaltet und an der Fassade mit Erkern geschmückt.

Eine Aufwertung erhielt der Herrenacker durch den Bau des Stadttheaters, nach seinem Stifter Johann Conrad Im Thurn 'Imthurneum' genannt, das 1867 feierlich eingeweiht wurde. Bis 1803 befand sich an dieser Stelle die 'Tuchlaube' der alten Metzg, welche 1612, gleichzeitig mit der Erschliessung der Tanne, vom Fronwagplatz auf den Herrenacker verlegt wurde.

Im 18. Jahrhundert diente der Herrenacker wohl auch als 'Werkplatz'. Teile der Grubenmann'schen Rheinbrücke wurden von 1756-1759 hier gezimmert.

Noch 1840 wird der Herrenacker als der Hauptplatz der Stadt bezeichnet. "Man geht damit um Johannes Müller auf diesem viereckigen, grossartigen Platze ein Denkmal zu errichten", schrieb damals Eduard Im Thurn. In dieser Zeit wird der Platz nivelliert, der Platz chaussiert, der Rand gepflästert.

1887 schenkte der Verschönerungsverein der Stadt eine kunstvolle Springbrunnenanlage mit acht Kastanienbäumen darum herum. Die Gestaltung des Platzes war als öffentlicher Wettbewerb ausgeschrieben, die Projekte liegen noch heute im Stadtarchiv vor und zeigen teilweise reich gestaltete steinbildhauerische Brunnenanlagen mit grosszügiger Bepflanzung des Herrenackers. Die ausgeführte Anlage trat in ihrer architektonischen Gestaltung zwar zurück, beeinträchtigte jedoch wegen des zentralen Standorts die Grosszügigkeit der Platzfläche.

Der Herrenacker diente weiterhin als Fest- und Marktplatz. Er sollte kein eigentlicher Stadtpark wie der Mosergarten und die Fäsenstaubpromenade sein. Die Anlage inkl. Bäume u. Brunnen musste dann schliesslich 1938 weichen, weil das Zelt der Gewerbeausstellung den Raum benötigte!

Die irrtümliche Bombardierung Schaffhausens am 1. April 1944 brachte im Bereich des Herrenackers die grösste bauliche Veränderung des bis dahin geschlossenen historischen Erscheinungsbildes mit sich. Der mächtige Neubau der

Silberwarenfabrik Jezler anstelle von ursprünglich drei spätgotischen Liegenschaften ist Zeuge der Nachkriegszeit.

Das Naturhistorische Museum und die im frühen 19. Jahrhundert zusammengefassten Häuser "Mittlerer" und "Oberer Jordan" wurden bei der Bombardierung stark beschädigt.

Die Fassaden der gegenüber liegenden Häuserzeile wurden in den 40-er und 50-er Jahren umgestaltet.

Das alte Stadttheater 'Imthurneum' wurde wegen baulicher Schäden abgebrochen und 1954-56 neu aufgebaut.

Seit dem 19. Jahrhundert fanden auf dem Herrenacker verschiedene Jahrmärkte statt, wie der Martinmarkt sowie der Wochenmarkt, der im Winter im Erdgeschoss des Kornhauses abgehalten wurde.

Noch bis 1961 war der Gemüsemarkt auf dem Herrenacker angesiedelt, bevor er zum Münsterplatz und seit 1991 wieder in die Vorgasse vor dem St. Johann, dem ehemaligen Fischmarkt, verlegt wurde.

Mit dem zunehmenden Autoverkehr seit den 50-er Jahren wurde der Herrenacker zum Parkplatz umgewandelt.

Mit der Realisierung der Eisenbahn verlor der Herrenacker seine Bedeutung als Verkehrsknotenpunkt (Postkutsche). Im 20. Jahrhundert nahm die Bedeutung weiter ab, da die Schwerpunkte verlagert wurden (Verkehr Bahnhofstrasse/Schwertstrasse, Regierungsgebäude Beckenstube, Museum neu im Bereich Allerheiligen etc.).

Die Platzgestaltung mit Brunnen und kreisförmiger Anordnung von 8 Kastanien behielt lediglich zwischen 1887 und 1937 eine ausgeprägte Form. Der zunehmend aufkommende Verkehr nach dem 2. Weltkrieg führte zum heutigen Platzbild, einer eher trostlosen Autowüste.

Bedeutung im Kontext der Altstadt

Der Herrenacker hatte für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben der Stadt im 19. Jahrhundert seine Blüte. Das Imthurneum wurde 1865/66 erstellt. 1828/29 wurde an der Frauengasse die Bürgerbibliothek eingerichtet, welche 1860/61 zu einem naturhistorischen Museum umgebaut wurde.

Von ebenso grosser Bedeutung war das Haus "Weisser Turm", in welchem 1833-1870 das Postgebäude untergebracht war. Direkt anliegend diente das Haus "Zum Stegli" von 1861-1903 als Gasthaus "Zum Schwanen" respektive Hotel zur Post.

Diese Geschichte zeigt Ihnen drastisch auf, dass der Herrenacker seit den 60er-Jahren mit dem Wegfall der Funktionen als Markt- und Festplatz seine Attraktivität weitgehend verloren hat. Er wurde quasi zum Abstellplatz für Autos.

Nun haben wir die Chance, den städtischen Raum Herrenacker wieder attraktiver zu gestalten.

Zu den Fragen der Interpellantin:

1. Welche Bedeutung misst der Stadtrat dem wiedergewonnenen Platz Herrenacker in Zukunft zu?

Der Platz wird durch die Fassadenfluchten definiert.

Die Gestaltung der Oberfläche ist abhängig von den Funktionen, welche auf dem Platz stattfinden.

Der Stadtrat sieht als räumliche Zuordnung:

- ◆ Der obere Bereich Richtung Kornhaus soll für Aktivitäten (Entlastung Fronwagplatz) zur Verfügung gestellt werden.
- ◆ Im mittleren Bereich wird der Schwerpunkt gestalterischer Mittel erwartet: Dabei soll die Gesamtwirkung des Herrenackers respektiert werden.
- ◆ Der untere Bereich wird durch die Notwendigkeit der Anlieferung Coop/Manor, aber auch der Zufahrt/Anlieferung Stadttheater geprägt sein. Trotz dieser Anforderungen wird eine deutliche Aufwertung erreicht.

Die Bedeutung des Platzes wird durch seinen Stellenwert und seine Lage in der Altstadt bestimmt. Eigentliches Zentrum bleibt aber sicher die Fussgängerzone. Die Aufwertung Herrenacker steht in Abhängigkeit zu den Nutzungen der Liegenschaften. Durch eine Attraktivierung der Fussgängerströme erfolgt eine bessere Einbindung.

2. Schwebt dem Stadtrat eine eher nüchterne oder eine eher künstlerische Gestaltung vor ?

Durch die Zonierung des Platzes wird es zu Schwerpunktbildungen kommen. Erwartet werden künstlerische Elemente im mittleren Bereich. Wenn als Gegensatz zu einer "nüchteren" Gestaltung Üppigkeit im Sinne des Barockes oder 19. Jahrhunderts erwartet wird, dürften solche Erwartungen kaum erfüllt werden.

Die Gestaltung des Platzes wird in einer zeitgemässen Ausprägung angestrengt, Elemente wie Wasser, schattenspendende Elemente, Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten gehören dazu. Um die Gesamtwirkung nicht zu konkurrenzieren, ist eine vornehme, aber qualitätsvolle Zurückhaltung beim Einsatz der Gestaltungsmittel anzustreben. Zentral soll die Grossartigkeit der Platzdimension bleiben.

3. Akzente setzen: Luzern hat es mit dem neuen Kongresszentrum getan oder Flims mit dem "weissen Haus", um nur einige innovative Gemeinden zu nennen. Ist die Option, mit dem Herrenacker Akzente zu setzen, für den Stadtrat eine solche und

wäre man bereit, sich eine solch einmalige Möglichkeit auch etwas kosten zu lassen?

Luzern hat mit einem Kulturkonzept und mit Innovation ein hervorragendes Beispiel geschaffen, das "weisse Haus" in Flims entspringt einer Einzelinitiative. In beiden Fällen sind damit Nutzungen mit grosser Resonanz verbunden.

Die Oberflächengestaltung eines Platzes ist damit allerdings nur schwer vergleichbar. Trotzdem, die Gestaltung des Herrenackers lässt sich nicht auf die Instandstellung einer Pflasterung reduzieren.

Es besteht der Wille, der Bevölkerung einen urbanen Raum wieder zu erschliessen. Daraus entstehen aber Kosten. Auch in diesem Zusammenhang können wir uns mit Luzern sicher nicht vergleichen.

4. Weshalb sieht der Stadtrat für die Gestaltung des Herrenackers einen eingeladenen oder beschränkten Wettbewerb vor, und wie würde er sich zu einem allgemeinen Wettbewerb für die Vergabe der Gestaltungsplanung stellen?

Der Stadtrat hat sich für einen beschränkten Wettbewerb entschieden. Die Gründe dafür liegen erstens in einer kürzeren Bearbeitungsdauer und zweitens beim finanziellen Aufwand. Der Stadtrat bleibt bei dieser Haltung, die Vorarbeiten für das gewählte Verfahren sind in Kürze abgeschlossen.

Die Absicht, einen beschränkten Wettbewerb durchzuführen, hat einen direkten Zusammenhang mit der Eröffnung des Parkhauses Ende 2001. Es besteht also eine starke zeitliche Abhängigkeit. Unsere Submissions-Verordnung sieht zudem für solche Fälle die Durchführung eines beschränkten Wettbewerbs vor. Es könnte sogar eine Vergabe ohne formelles Submissionsverfahren in Frage kommen. Das Baureferat als zuständige Fachinstanz wird dem Stadtrat einen ausgewogenen Vorschlag machen, damit nicht der Eindruck von Bevorzugung entsteht.

Die Stossrichtung der Interpellation zeigt die Bedeutung der Aufgabenstellung, die Interessenlage und die Chance für die Stadt. Wir setzen uns dafür ein, dass diese genutzt wird und der Herrenacker zum Wohle der Schaffhauserinnen und Schaffhauser in neuer Qualität zu seiner Wirkung kommt."

Die Interpellantin beantragt Diskussion, was der Rat stillschweigend gutheisst. Die Möglichkeit zur Diskussion wird jedoch von keinem Ratsmitglied benützt.

Annina Keller (JPS)

Schlusswort der Interpellantin

"Ich finde es schade, dass der SR auf dem beschränkten Wettbewerb beharrt. Ich kann das mit den zeitlichen Vorgaben und anderen Argumenten, welche die Vergabe massgeblich beeinflussen, nicht so nachvollziehen. Hier wurde eine Chance verspielt. Aus meiner Sicht wurde der Sache mit der Durchführung eines beschränkten Wettbewerbes nicht das nötige Gewicht gegeben. Ich denke, dass auch verschiedene andere Leute in dieser Stadt das so sehen.

Ich danke dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung und die Aufarbeitung der Geschichte des Herrenackers. Ich bin gespannt, wie es herauskommt. Ich möchte

anregen, dass man in Zukunft eher einmal einen allgemeinen Wettbewerb ausschreibt."

Das Geschäft ist erledigt.

**Traktandum 6 MOTION Urs Tanner (SP) vom 25. Januar 2000 -
Kompensation von mind. 50 Parkplätzen im Bereich
Kirchhofplatz, Münsterplatz, Platz und Freier Platz**

Urs Tanner (SP) Begründung der Motion

"Der greise Diktator von Kuba Fidel Castro pflegt 3 bis 4-stündige Reden zu halten. Ich könnte Sie jetzt erschrecken und Ihnen sagen, dass meine Begründung in der Redelänge zwischen SR Kurt Schönberger und Fidel Castro liegt. Das soll keine politische Nähe dieser beiden Herren implizieren...

Ich kann Sie aber beruhigen. Ich werde Sie nicht langweilen, denn meine Begründung umfasst nur eine Seite. Es ist inhaltlich nichts Neues. Deshalb möchte ich mit einem Zitat aus dem Schlussbericht des "Runden Tisches" vom 17. Aug. 1999 beginnen.

Dort heisst es auf Seite 11 unter 3.2 Leitziele für den Stadt-Verkehr u.a.

Attraktivierung der Altstadt im Kernbereich,

Punkt 1: "Aufwertung der innerstädtischen Plätze: Kirchhofplatz, Münsterplatz, Platz, Herrenacker, Freier Platz usw. und Anbindung an die Fussgängerzone."

Dies wird auf Seite 17 des erwähnten Berichtes noch verdeutlicht. Dort heisst es unter Punkt 4.5.1:

"Angestrebt werden Umgestaltungen der innerstädtischen Plätze, wenn als Folge der Realisierung von neuen Parkierungsanlagen das Parkplatzangebot reduziert werden kann. Abgestimmt auf die Planung neuer Parkierungsanlagen ist die Stadt dafür besorgt, dass entsprechende Platzumgestaltungen geplant und projektiert werden. Dabei ist auf das Altstadt-Ambiente und die Wohnqualität besonders zu achten."

Diese Motion ist im Januar dieses Jahres im Zusammenhang mit der Behandlung der Vorlage über das Parkhaus Herrenacker hier im Parlament entstanden. Wir hätten diese Motion natürlich gerne zusammen mit der Parkhaus Herrenacker-Vorlage diskutiert. Wir haben vergeblich versucht, diese Motion für dringlich zu erklären.

Zur Erinnerung:

1. Mit der Annahme des Schlussberichts "Runder Tisch" im Herbst 99 haben wir als Parlament den Stadtrat mit der Umsetzung der beschlossenen Massnahmen beauftragt.

2. Auf Seite 21 des Schlussberichtes "Runder Tisch" steht

- *periodische Orientierung des Parlaments und der Oeffentlichkeit über den Stand der Umsetzung durch den Stadtrat.*

Ich hätte an dieser Stelle eigentlich gerne den Inhalt meiner Motion aus dem Munde des Stadtrates gehört, dann hätte ich mir diesen Vorstoss schenken können. Als Nebenbemerkung möchte ich hinzufügen, dass wir die periodische Orientierung des Parlaments wahrscheinlich noch genauer definieren müssen: Wenn nämlich nur

einmal jährlich gemeint ist oder ich mir dies als Grossstadtrats-Mitglied in den Medien erlesen muss, erschiene mir dies zu wenig.

Inhaltlich - ich betone dies nochmals, um schrille Töne zu vermeiden - ist die Motion wortwörtlich aus dem Schlussbericht abgeschrieben. Neu ist die Zahl 50, welche ich als ein vertretbares Minimum hier hineingeschrieben habe, wenn man die erwähnten Plätze merklich attraktiver machen möchte. Ich möchte Ihnen aus dem Motionstext in Erinnerung rufen, dass nach dem Bau des Parkhauses Herrenacker unter dem Strich 130 Parkplätze mehr zur Verfügung stehen werden.

Der zeitliche Rahmen der Motion, dass bis zur Eröffnung des Parkhauses Herrenacker diese 50 Parkplätze aufgehoben werden sollen - das wird vermutlich im Dezember 2001 sein - stellt in meinen Augen kein Problem dar. Es wird sogar eine doppelte Attraktivierung im Winter 01/02 geboten: ein quasi autofreier Herrenacker und eine aufgewertete Altstadt.

Meine Damen und Herren, die SP-Fraktion hat sich bis jetzt an die Abmachungen des "Runden Tisches" gehalten: Wir haben mehrheitlich dem Parkhaus Herrenacker zugestimmt (keine Gegenstimmen). Wir erwarten von Ihnen und bitten Sie höflichst darum, sich Ihrerseits auch an die Abmachungen des "Runden Tisches" zu halten. Vielen Dank."

Stadtrat Kurt Schönberger

Antwort des Stadtrates

"Ich habe Ihnen bereits früher gesagt, dass der Stadtrat bereit wäre, die Motion entgegen zu nehmen, vorausgesetzt der Motionär ändert seinen Text ab. Ich komme später darauf zurück. Herr Tanner hat den Schlussbericht des "Runden Tisches" zitiert. Es sind da verschiedene Passagen drin. Er hat sich am Schluss nach den Berichten des Umsetzungsstabes erkundigt. Dieser Stab ist sehr zügig an der Arbeit. In diesem Umsetzungsstab sind Mitglieder dieses Parlamentes vertreten. Diese Mitglieder haben auch die Aufgabe, in ihren Fraktionen über die Ergebnisse und Abklärungen des Umsetzungsstabes zu orientieren. Ich weiss beispielsweise, dass GrSR Bernhard Egli Sie von der SP-Fraktion angefragt hat, ob Sie daran interessiert wären. Ob Sie davon Gebrauch gemacht haben, weiss ich nicht.

Der Umsetzungsstab hat als eine der ersten Massnahmen dem SR vorgeschlagen, im Umkreis Museum/Münsterplatz/Neustadt die Aufhebung von Parkplätzen soweit auszuarbeiten, dass mit der Inbetriebnahme des Parkhauses Herrenacker dann diese Parkplätze aufgehoben werden können. Der SR hat diesen Beschluss nachvollzogen, und das Tiefbauamt sowie die beteiligten zuständigen Abteilungen sind an der Arbeit.

Der Stadtrat ist jedoch nicht bereit, von seinem Leitsatz abzurücken, wie er auch im erwähnten Schlussbericht formuliert ist.

Um jedoch die Bereitschaft des SR zur Umsetzung der unter Punkt 4.5.1 des Schlussberichtes "Runder Tisch" erwähnten Massnahmen zu unterstreichen, wäre er allenfalls bereit, die Motion in abgeänderter Form, d.h. mit folgendem Wortlaut entgegen zu nehmen: *Kompensation von Parkplätzen im städtebaulich sensiblen Bereich wie z.B. Münsterplatz, Platz, Freier Platz, Kirchhofplatz usw.*

Eine absolute Zahl, wie sie jetzt im Motionstext enthalten ist, kommt für den SR nicht in Frage.

In Kenntnis des Auftrages des Umstufungsstabes und des diesbezüglichen SR-Beschlusses wäre es eigentlich möglich, Herr Tanner, diese Motion entweder in eine Interpellation umzuwandeln oder diese Motion sogar zurück zu ziehen."

Roland Schöttle (FDP) Fraktionserklärung FDP/CVP und SVP/EDU *

"Am 17. August 1999 ist in Schaffhausen etwas sehr Bemerkenswertes und Erfolge auslösendes passiert. Nach einer beinahe rekordverdächtig kurzen Zeit von nur 8 Monaten fand durch die breite Anerkennung des Schlussberichtes aus der Arbeit des Runden Tisches um die Parkraumplanung tatsächlich ein Durchbruch statt zu einer deblockierten Verkehrs- und Parkplatzpolitik für die Stadt Schaffhausen. Wenn wir uns daran erinnern, dass dieses Thema bis dazumal während doch beinahe 20 Jahren durch den Aufbau und die Pflege von politischen Extrempositionen aus allen politischen Lagern schlussendlich mehrheitlich die wirtschaftliche Prosperität des Kernbereichs unserer Stadt behindert hat, war dieser Schlussbericht ein sehr grosser Erfolg und auch das Zeugnis für eine gemeinsame Willenserklärung aller beteiligten Interessengruppen. Und zu diesem Zeugnis müssen wir stehen, wenn wir in der praktischen Politik jetzt unsere grössten gemeinsam gefundenen Nenner zum Nutzen umsetzen wollen.

Was sind die Schwerpunkte unseres Zeugnisses über die gemeinsame Politik, die zum Erfolg führen soll ?

Lassen Sie mich diese Punkte in einer populären Form darstellen.

1. Wir haben alle erkannt, dass der kleine, aber bedeutende Wirtschaftsraum Altstadt Schaffhausen dringend ein Mehr an Parklätzen für den Individualverkehr braucht.
2. Wir sind uns einig, dass wir bauliche und organisatorische Massnahmen treffen müssen, um den Suchverkehr in und um unsere Altstadt auf einen Zielverkehr umorganisieren zu können.
3. Wir haben alle erkannt, dass eine Aufwertung des innerstädtischen Raums durch die attraktivere Gestaltung unserer schönen Plätze und Strassenräume angestrebt werden muss.
4. Wir sind uns schlüssig darüber, dass auf innerstädtischen Plätzen und Strassenzügen ausserhalb der Fussgängerzone zusammen mit der Attraktivierung auch weiterhin eine beschränkte Anzahl Parkplätze für diverse Bedürfnisse wie Patiententransporte, Anlieferungen, Kurzzeitgeschäfte usw. erhalten bleiben müssen.
5. Wir wissen, dass der Veloverkehr für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Altstadt eine grosse Bedeutung hat und ihm die entsprechenden Verkehrs- und Stellräume schnell zur Verfügung gestellt werden müssen.
6. Wir sind auch alle überzeugt davon, dass der öffentliche Verkehr als Zubringer für den Wirtschaftsraum Altstadt und als Verkehrsentlaster, auf dem heutigen sehr guten Niveau erhalten und wo nötig und nützlich auch optimiert werden muss.

7. Wir sind uns alle einig, dass die gemeinsam als für richtig befundenen Massnahmen in logischen Ablaufschritten erfolgen sollen, so dass sie als Gesamtes der dringend notwendigen Entwicklung der Altstadt dienen können.

Diese aufgezählten Massnahmen sollen so umgesetzt werden, dass im Jahr 2005 die im Schlussbericht für dann abgegebene Vision 2005 über die Qualität und den Stellenwert der Schaffhauser Altstadt möglichst Realität wird.

Das Anliegen des Motionärs über den Abbau von 50 Parkplätzen an genau bezeichneten Standorten in der Stadt Schaffhausen bis zur Eröffnung des Parkhauses Herrenacker rennt einerseits im Sinne des Schlussberichtes über den Runden Tisch offene Türen ein, ist gleichzeitig aber auch von der Methode her ein Rückfall in die Umgangsart der Interessengruppen vor der Zeit des Runden Tisches.

Die offenen Türen rennt die Motion deswegen ein, weil tatsächlich der Abbau von Autostandplätzen auf Strassenzügen und Stadtplätzen zur Verbesserung der Attraktivität ein Ziel ist, so wie ich es bereits skizziert habe.

Sie vernachlässigt allerdings den auch ausgesprochenen Willen des Runden Tisches, dass dort abgebaut werden kann und soll, wo zuvor Alternativen in Form von Parkhäusern erstellt worden sind, sodass die Parkplatzbilanz bei allen getroffenen Massnahmen für das Einkaufszentrum Altstadt wachsend ist.

Die Motion macht leider einen Rückfall in vermeintlich bewältigte und unbewährte Methoden des einfachen Forderns einer Einzelposition, die wieder Glaubenskämpfe und Zahlenspekulationen provoziert.

Als Mitglied des Umsetzungsstabes, in dem ich mit Kollege Bernhard Egli als Ratsvertreter zusammen aktiv mitarbeiten darf, kann ich Ihnen versichern, dass wir alles daran setzen werden, die Zielsetzungen und vorgeschlagenen Massnahmen des Runden Tisches in allen seinen Belangen umzusetzen.

Sie dürfen davon ausgehen, dass ich mich in allen Beschlussbereichen, die in den Kompromissen des Runden Tisches herausgearbeitet worden sind, im Wort verpflichtet fühle, und mich für deren Umsetzung auch einsetzen werde. Ich bin überzeugt und weiss, dass Kollege Bernhard Egli die gleiche Position einnimmt.

In Zusammenarbeit mit den beauftragten Fachleuten aus Oekologie und Verkehr sind wir zur Zeit daran, den Richtplan Parkierung auf den Tisch zu bringen, der uns in Schaffhausen verbindlichen Aufschluss über mögliche Parkierungsanlagen nach ökologischen Kriterien und nach den Kriterien der Verkehrsabläufe geben soll.

Wir sind ebenfalls entschlossen, die notwendigen Massnahmen zur Aufwertung der innerstädtischen Plätze und der Wohnsituation umzusetzen, so wie es Pkt. 4.5.1 des Schlussberichtes klar und unmissverständlich formuliert. Wir haben in diesem Sinne bereits auch Antrag an den Stadtrat gestellt, die notwendigen planerischen Massnahmen für die Gebiete Münsterplatz, Münstervorhof und Beckenstube, sowie den Strassenzug der Neustadt von der Oberstadt bis zur Rheinstrasse in die Wege zu leiten mit dem Ziel, nach Inbetriebnahme des Parkhauses Herrenacker, d.h. ab dem Jahre 2002 die Umsetzung schnell vollziehen zu können. Der Stadtrat hat auch bereits mit Beschluss vom 21. März 2000 unserem Antrag entsprochen.

Herr Ratskollege Tanner, Ihre Motion birgt das Risiko in sich, dass wir in der politischen Kultur zum Thema Stadtentwicklung einen Rückschritt machen, weil sie wieder zu nicht förderlichen Extrempositionen neigt, die - wenn sie beidseits wieder aufgeweckt werden -, den gesamten Nutzen mit ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen und Verbesserungen gefährdet.

Seitens der FDP/CVP- und SVP/EDU-Fraktionen bitte ich Sie darum, Ihre Motion zurück zu ziehen, allenfalls in eine Interpellation umzuwandeln. Wenn Sie auf unsere Bitte nicht eintreten, was wir sehr bedauern würden, werden wir - in guter und lauterer Absicht auf die Umsetzung der Resultate aus dem Runden Tisch - ihre Motion ablehnen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Iren Eichenberger (OeBS) Votum

"Grundsätzlich ist mir die Aufmerksamkeit des Motionärs bzw. der Motionärsgruppe sympathisch. Es ist richtig, wenn wir auch nach dem Einsetzen des "Runden Tisches" und des Umsetzungsstabes diese Fragen weiterhin aufmerksam verfolgen.

Letzte Woche ist jedoch etwas geschehen, was mich aufgeschreckt hat. Der Bundesrat hat mit einem Federstrich das Nachtflugverbot aufgeweicht. Damit werden die Verhältnisse etwas relativiert. Wenn wir im Flugverkehr, welcher so viele Emissionen verursacht, mit einem Federstrich alle bisher gültigen Verbindlichkeiten eliminieren können, dann sind unsere Parkplatzkämpfe Peanuts.

Ich möchte deshalb nicht bagatellisieren. Ich finde es richtig, wenn wir in dieser Diskussion bleiben, aber wir sollen sie - wie es Ratskollege Schöttle gesagt hat - nicht verbissen führen und die Sache in grösseren Dimensionen sehen. Insofern unterstütze ich den Vorschlag von SR Schönberger, dass man die Zahl nicht absolut nennt, sondern eine offenere Formulierung sucht.

Ich kann es immer noch nicht verstehen, weshalb die Pro City bzw. die Geschäftsleute so interessiert sind, mitten in der Fussgängerzone ihre Parkplätze zu halten, weil ich laufend die Erfahrung mache, wie motivierend das ist, wenn FussgängerInnen, die nur schon von der Bushaltestelle am Bahnhof auf den Fronwagplatz marschieren, unversehens in Ermatingers "Gipfelifalle" geraten. Solche Anreize, die uns als FussgängerInnen begegnen, bringen das Geschäft. Oder wir bleiben in einem Strassencafé sitzen, wir treffen uns usw. Ich weiss, das ist auch nicht neu. Aber diesen Aspekt sollten wir auch nicht vergessen.

Ich würde für eine offene Formulierung plädieren. Schliesslich noch etwas Persönliches: Es ist etwas eine Frage der Einstellung, ob wir nun wirklich überall mit dem PW hinfahren wollen oder nicht. Früher gab es noch solche Grundsätze. Ich will nicht der Vergangenheit das Wort reden, aber einige Grundsätze waren gut, so z.B. "In der Wohnung trägt man Finken". Genau wie wir in der Wohnung Finken tragen, sollten wir in der Altstadt zu Fuss gehen. Das wäre für mich eine Selbstverständlichkeit."

Peter Kämpfer (SP) Votum

"Es handelt sich heute quasi sinngemäss um eine Ratsdebatte "Nachbearbeitung Baurechtsvertrag Herrenacker". Da wir unsere Anliegen nicht in den Baurechtsvertrag bzw. in jene Debatte einbringen konnten, mussten wir es politisch anders lösen. Ein erstes haben wir vorhin gehört anlässlich der Beantwortung der

Interpellation Keller betr. Platzgestaltung - eine Forderung, welche schon in der damaligen SPK erhoben wurde. Ein zweites ist das Problem der Aufhebung von Parkplätzen im Altstadtbereich nach Fertigstellung des Parkhauses Herrenacker.

Die SP hat schon befürchtet, dass sie mit ihrem Vorstoss eine Reaktion auslösen könnte, wie Kollege Roland Schöttle dies geschildert hat. Das wollten wir eigentlich nicht. Es ging uns um die Sache. Wir haben ein wenig Angst, dass die versprochene Aufwertung von gewissen Plätzen in der Altstadt nach dem Bau des Herrenacker-Parkhauses vergessen werden könnte. Wenn wir beruhigt werden können, dass dem nicht so ist, dass tatsächlich etwas passieren wird, dann können diese Ängste beseitigt werden. Es ist nicht unsere Absicht, "auf's Erbsen zählen" zurück zu gehen. Das haben wir mehrmals gesagt und daran halten wir uns auch.

Für mich ist der Kompromissvorschlag des SR eine gute Lösung. Es ist schon so, dass nach dem Vorliegen des Schlussberichtes des "Runden Tisches" von allen Seiten Druckversuche auf dieses Ergebnis gekommen sind. Sie wissen auch, dass einige wichtige Leute diesen Bericht gar nicht unterschrieben haben.

Es mag sein, dass wir unter dem Eindruck dieser Druckversuche gesagt haben, wir wollen, dass wenigstens diese Aufwertung von Plätzen in der Altstadt nicht unter den Tisch fällt, und wir das mit dieser Motion ein wenig markieren wollten. Der Schlussbericht ist kein rechtsverbindliches Instrument. Wenn wir jedoch die Zusicherung erhalten, dass dies verbindlich umgesetzt wird, dann sieht die Sache für uns wieder ganz anders aus.

Ich bitte Sie daher, zur Sache zu sprechen. Es geht uns nicht darum, das "Erbsen zählen" wieder aufleben zu lassen."

Theres Brambrink (FDP)

Votum

"Zu Iren Eichenberger möchte ich sagen: Die "Gipfelifalle" ist das kleinste Problem, da muss man nicht schwer tragen. In der Altstadt sind tatsächlich die (fehlenden) Parkplätze unser Problem. Wenn wir sehen, wieviele Autos in Herblingen, in Feuerthalen und Langwiesen geparkt werden, dann glaubt mir doch, dass die Leute mit dem Auto einkaufen wollen. Wir würden es ja begrüßen, wenn sie zu Fuss kämen. Aber wir können sie nicht erziehen oder dazu zwingen. Wir brauchen Publikum, um überleben zu können. Das ist nicht Sturheit oder Theater, sondern eine Tatsache, dass wir mehr Parkplätze benötigen. Diese Plätze sind sowieso viel teurer und nicht unmittelbar vor der Ladentür gelegen wie jene auf der "grünen Wiese".

Stadtrat Kurt Schönberger

"Ich habe zwei Sachen nachzuschieben. Das eine ist eine Antwort auf eine Frage von Herrn Tanner betr. den periodischen Berichten des Umsetzungsstabes. Wir haben vorgesehen, dass wir Ihnen noch vor den Sommerferien einen ersten Zwischenbericht über die Abklärungen und Ergebnisse des Umsetzungsstabes vorlegen. In diesem Bericht werden auch die weiteren Stationen aufgezeigt. Sie werden periodisch darüber Auskunft erhalten.

Es ist vielleicht noch wichtig, dass ich Ihnen den Beschluss des SR vom 21. März 2000 im Wortlaut bekannt gebe.

1. Das Baureferat wird beauftragt, die Planungen für die Gebiete Münsterplatz, Münstervorhof und Beckenstube mit dem Ziel anzugehen, dass die Aufwertung dieser innerstädtischen Bereiche im Sinne von Pkt. 4.5.1 des Schlussberichtes Runder Tisch umgesetzt werden kann, wenn das Parkhaus Herrenacker in Betrieb ist.
2. Das Baureferat wird beauftragt, die Planung über den künftigen Verkehrsablauf und die Gestaltung der Parkierungen im Bereich der Neustadt ab Oberstadt bis zur Rheinstrasse einzuleiten mit dem Ziel, die Aufwertung dieses Gebietes im Sinne von Pkt. 4.5.1 des Schlussberichtes Runder Tisch umzusetzen, wenn das Parkhaus Herrenacker in Betrieb ist.
3. Das Baureferat wird beauftragt, bei den Planungen gemäss Ziff 1 und 2 über die Konsequenzen für den Parkplatzfonds zu berichten."

Nun können Sie sich vielleicht überlegen, ob es die Motion braucht oder nicht."

Gertrud Walch (SVP) Votum

"Im kursiv gedruckten Satz des Motionstextes stört mich etwas. *Es sollen bis zur Eröffnung des Parkhauses Herrenacker mindestens 50 Parkplätze aufgehoben werden*

Das ist nicht logisch. Logisch wäre ein Abbau nach Inbetriebnahme des Parkhauses Herrenacker, also Ende 2001, wie wir gehört haben. Was vorher möglich ist, wird sicher gemacht. Wir können nicht 50 Plätze abbauen, wenn noch kein Ersatz geschaffen ist."

Max Zimmermann (parteilos) Votum

"Diese Motion liegt quer in der Landschaft. Wir wollen ja unsere Stadt attraktivieren. Wenn wir beispielsweise eine Gratiswerbung vom ARD kriegen, wo in einer TV-Sendung über die Stadt Schaffhausen und Stein am Rhein berichtet wird, und wir damit rechnen können, dass wir von Norden her "überflutet" werden, so werden diese Leute wahrscheinlich nicht mit der DB, sondern mit ihrem PW nach Schaffhausen kommen. Genau hier liegt das Problem. Zuerst wird diskutiert - auch vom Stadtrat hört man das - wo Parkplätze abgebaut werden können. Es stört mich, dass immer noch kein Parkleitsystem existiert. Wenn die Motion in diese Richtung gegangen wäre, müsste ich sie unterstützen. Das ist der entscheidende Punkt: Wo kann ein Fremder hier in Schaffhausen seine "Karre" hinstellen? Bezüglich Altstadt müssen wir nicht diskutieren. Die Feststellung von Theres Brambrink ist absolut richtig. Wenn wir etwas in der Stadt einkaufen wollen, das etwas mehr Gewicht hat, dann will man mit der "Karre" in die Stadt hinein fahren und die Ware dort abholen. Da ist kein Mensch bereit, z.B. mit einem Harass auf den Bus zu gehen.

Diese Motion ist überflüssig. Ich bin auch nicht der Meinung, dass man sie abändern soll. Es ist einiges im Gange, wie wir jetzt gehört haben. Ich lasse mich überraschen, wenn wir diesen Zwischenbericht über diese Aktivitäten auf dem Tisch haben.

Ich werde dieser Motion sicher nicht zustimmen."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Peter Käppler hat es auf den Punkt gebracht. Wir dürfen nicht wieder in solche Grundsatzdiskussionen zurück fallen, wie wir sie bis vor kurzem durchgeführt haben. Wir haben dies gemeinsam abgehandelt und bewältigt und sind gegenseitig Kompromisse eingegangen. Wenn ich vorhin gesagt habe, dass ich im Wort stehe

zu diesen Verpflichtungen, dann heisst das z.B., dass ich mich im Wort fühle für die Verbesserung der Gestaltung der Plätze, für die Verbesserung der Velo-Routen. Das sind Postulate, welche ursprünglich von der anderen Seite kamen und nicht unsere waren. Ich fühle mich per Unterschrift mit anderen verpflichtet, dies durchzuführen. Ich bitte Sie deshalb, die Glaubwürdigkeit unserer Arbeit im Umsetzungsstab zu akzeptieren. Nehmen Sie uns beim Wort, wenn wir das nicht so machen, wie wir es versprechen. Dann sollen Sie uns nehmen. Doch wir haben den Beweis angetreten, dass wir dies umzusetzen gewillt sind.

Ich kann Ihnen sagen, wie das methodisch passiert. Wir sitzen zusammen, nehmen den Schlussbericht, diskutieren die einzelnen Punkte und erledigen sie. Wir formulieren direkt an den Sitzungen Anträge, welche wir dem SR unterbreiten und gemeinsam alle unterschreiben. Wir wollen einstimmige Beschlüsse und ein solcher Beschluss war das. Wir wollen, dass die zuständigen Leute in der Verwaltung parat sind, diese Umgestaltung unverzüglich umzusetzen, wenn das Parkhaus erstellt ist. Es ist tatsächlich wahr, dass die Attraktivierung der Altstadt nicht nur an mehr Parkplätzen hängt, sondern dass man sich - wenn man geparkt hat - in der Stadt wohlfühlen und das ausleben kann. Es braucht beides, es braucht die logische Abwicklung.

Das Parkleitsystem, Max Zimmermann, ist ebenfalls ein Postulat, aber es ist im Schlussbericht formuliert und ist in den Arbeitsgruppen abhandelt worden, wann die Einführung des Parkleitsystems Sinn macht. Das ist zur Zeit noch nicht möglich. Dies kann erst realisiert werden, wenn das Parkhaus Herrenacker gebaut ist. Haben Sie auch da Vertrauen. Die Vorlage wird kommen und die Umsetzung kostet noch Geld."

Thomas Neukomm (SP)

Votum

"Unser Vertrauen war etwas gebrochen, weil gewisse Leute sich im Zusammenhang mit dem Parkhaus Herrenacker zu Äusserungen hinreissen liessen, die befürchten liessen, dass diese Abmachungen vom "Runden Tisch" gefährdet sind. Das Resultat war diese etwas provozierende Motion. Dass Du, Roland Schöttle, das jetzt nicht verstehst, ist klar, denn Du bist so am Drücker mit diesem Umsetzungsstab. Wir von der SP-Fraktion, die keinen Vertreter haben in diesem Umsetzungsstab - was eigentlich zu bedauern ist - müssen quasi warten, bis wir wieder etwas von diesem Gremium hören. Es war jetzt ein bisschen still und man hörte eigentlich nur, dass es nicht in Frage komme, im angrenzenden Bereich zum Herrenacker auch noch Parkplätze aufzuheben, da müsse man warten, bis auf dem Kammgarnareal etwas geschehe. Da sind wir der Meinung, dass der angrenzende Bereich, z.B. der Museumsbereich ebenfalls einzubeziehen ist. Da haben wir schon das Ziel, dass dort etwas passiert, bevor ein weiteres Parkhaus vielleicht am St. Nimmerleinstag gebaut wird. Uns ging es mit dieser Motion darum, dass die qualitative Aufwertung der Altstadt nicht nur beschränkt auf den Herrenacker nach Fertigstellung des Parkhauses geschieht, sondern dass diese quasi parallel mit dem Bau umgesetzt wird. Wir wären froh, wenn wir hier dazu eine weitere positive Stimme hören könnten und zwar nicht nur von Dir, Roland Schöttle." (Roland Schöttle bedauert in einem Zwischenruf, dass Bernhard Egli krankheitshalber nicht anwesend sei).

Urs Tanner (SP)

Votum

"Bezüglich des Vorwurfes des Rückfalles in frühere Grabenkämpfe muss ich sagen, dass ich noch zu wenig lange in diesem Parlament bin, als dass ich in diese zurück fallen könnte. Ich bin als Nachfolger von Bruno Merlo nachgerückt. Ich kenne die Positionen nur aus der Zeitung.

Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, dass meine Motion vom 25. Jan. 2000 datiert. Wenn ich diesen SR-Beschluss damals schon in den Händen gehabt hätte, dann wäre diese Motion tatsächlich in meinem Computer geblieben. Trotzdem glaube ich, dass diese Motion Sinn gemacht hat, weil wir ein bisschen Angst bekommen haben, als der ehemalige Präsident des Jahres 1999 von einem zweiten Parkhaus gesprochen hat, bis dann kompensiert werde. Es wäre dann 2 : 0 gewesen. Wir wollen im Moment ein 1 : 1.

Ich bin sehr gerne bereit, die Motion abzuändern und ich gehe weiter, als der SR jetzt vorschlägt. Ich möchte die Motion beibehalten, obwohl der SR durch seinen Beschluss seinen Willen dokumentiert hat, die sehr gute Arbeit des Umsetzungsstabes durch die entsprechenden Aufträge an die Verwaltung zu unterstützen - es geht nicht um Plätze, es geht um sensible Bereiche in der Altstadt. Die Motion soll als Damoklesschwert noch hängen bleiben.

Ich schlage vor, den Motionstext wie folgt abzuändern:

Kompensation von Parkplätzen in städtebaulich sensiblen Bereichen der Altstadt.

Ich nehme also die konkreten Platzbezeichnungen und die Zahl heraus und bitte Sie, dieser Motion mit dem geänderten Text zuzustimmen."

Leonhard Ott (OeBS) Votum

"Sie erinnern sich: Ich habe mich damals, als es um den Baurechtsvertrag Parkhaus Herrenacker ging, um den Verlust der Parkierungsgebühren gewehrt. Dafür haben wir keinen Ersatz geschaffen. Gerade aus diesem Gesichtspunkt bin ich dafür, dass man den Vorschlag des SR gutheisst. Man sollte nicht voreilig Parkplätze aufheben. Ich bin gespannt, wie sich dieses Parkhaus füllt. Ich prognostiziere, dass diese unbeliebten unterirdischen Parkplätze in einer argen Konkurrenz zu den Oberflächen-Parkplätzen stehen werden. Es dürfte interessant sein, dieses Szenario abzuwarten. Es wird dann sicher noch Leute im Rat geben, die sich um die Parkierungsgebühren wehren und bei einem Handel mit der Herrenacker Parkhaus AG diese Parkplätze quasi unterirdisch verkaufen."

Peter Möller (GB) Votum

"Ich habe eine Frage an Urs Tanner. Nach meinem Verständnis wurde jetzt einfach der Titel geändert. Aber was ist die Forderung der Motion? Ich verstehe, weshalb diese Motion eingereicht wurde. Wir haben eine Zeit lang nichts oder eher Beunruhigendes gehört, was die übrigen Umsetzungsschritte des "Runden Tisches" anging.

Ich bin jetzt auch sehr beruhigt, nachdem ich von diesen Zwischenergebnissen jetzt gehört habe. Es freut mich, dass wirklich alle Bereiche angepackt werden. Ich gebe hiermit mein Vertrauen bekannt.

Nun sehe ich keine vernünftige Forderung mehr in dieser Motion, ausser sie lautet gleich wie Punkt 4.5 im Schlussbericht des "Runden Tisches". Das ist ein Dauerauftrag. Da hätten wir wieder einen mehr in der Motionensammlung. Ein Dauerauftrag wird entweder nie abgeschrieben oder dann relativ schnell.

Wir haben jetzt eine gute Diskussion gehabt. Wir haben einiges Beruhigendes erfahren. Die Motion in eine Interpellation umwandeln oder zurückziehen wäre mein Vorschlag."

Herbert Distel (CVP) Votum

"Lieber Urs Tanner, Du hast gesagt, wenn Du den SR-Beschluss früher gehabt hättest, wäre Deine Motion im Computer geblieben. Dann lass sie doch im Computer und ändere den Titel in Interpellation. Die Fronten sind gebildet. Du verlierst, das weisst Du ganz genau. Was sollen wir jetzt noch bis 19.45 Uhr diskutieren? Wir haben den SR-Beschluss, dieser ist für mich gültig.

Jetzt kannst Du wählen zwischen einer Ablehnung der Motion oder einer guten Interpellation."

Roland Schöttle (FDP) Votum

"Urs Tanner, Sie haben gesagt, wenn Sie den SR-Beschluss gehabt hätten, hätten Sie die Motion im Computer gelassen. Sie können uns zu vielen Postulaten in vier Monaten sagen, wenn ich gewusst hätte, dass Wir können viele Punkte rein kapazitätsmässig nicht heute schon anpacken. Aber etwas kann ich Ihnen noch sagen. Ein Projekt, das läuft, sind die 4 Szenarien als Grundlage für den Rahmenplan "Parking Schaffhausen".

Es wird jetzt von Verkehrsfachleuten und von Ökologen untersucht, wo das maximal mögliche Szenarium liegt, dass im Bereich der Altstadt zusätzliche Parkplätze aus beiden Perspektiven verantwortet und umgesetzt werden können. Das reicht von einer Zahl von 1100 bis 380 zusätzlichen Parkplätzen. Da sind die Fachleute jetzt daran. Sobald hier Resultate vorliegen - ob es 1100, 800, 600 oder 380 Plätze sind - sollen diese ein Thema sein, das man definiert. Das soll die Grundlage sein, um den immer währenden Diskussionen, wo überhaupt noch Parkplätze realisiert werden können, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das soll in Bälde abgearbeitet werden. Diese Zahlen kommen. Wir haben weitere Aufträge in Arbeit. Ich kann Ihnen versichern, dass wir alles machen, was wir können. Aber es braucht alles seine Zeit.

Noch eine Bemerkung zur Attraktivierung der Plätze: Der Kirchhofplatz z.B. gehört in den Perimeter eines anderen Einzugsgebietes, wo Alternativen geschaffen werden sollen. Der Kirchhofplatz ist ein Thema, dieser muss aufgewertet werden, er kann unsere Attraktivität erhöhen und er kann Gewinn bringen für die Altstadt. All dies packen wir an, wo es irgendwie geht.

Wenn Sie Informationen brauchen, dann kommen Sie zu uns. An den SR möchte ich den Aufruf machen: Prüft, ob Ihr nicht zusätzlich noch jemand aus der SP-Fraktion in den Umsetzungsstab berufen wollt. Ich denke, das könnte Sinn machen."

Urs Tanner (SP) Schlusswort des Motionärs

"Nach dem ökologisch fundierten Vortrag von Kollege Schöttle bleibt mir nichts anderes übrig: Ich kann in Schönheit sterben - dafür bin ich noch zu jung - oder die Motion in eine Interpellation umwandeln, die Motion allenfalls zurück ziehen.

Ich denke, dass die Motion ungefähr zu Zweidritteln durch diesen SR-Beschluss erfüllt wurde. Ich hätte das Schwert noch ein bisschen herunter gelassen und es so stehen lassen. Aber die Mehrheiten sind klar. Ich werde meine Motion in eine Interpellation verzaubern.

Das Geschäft ist somit erledigt.

MITTEILUNGEN

Die SPK "Zentrum Landhuus" hat die Vorlage des SR verhandlungsbereit gemeldet. Das Geschäft wird für die Sitzung vom 23. Mai 2000 traktandiert.

An dieser Stelle schliesst die Ratspräsidentin die Sitzung.

Der Ratssekretär:

René Gisler

Nächste Ratssitzung: Dienstag, 23. Mai 2000